metall

Dein Magazin

Jahrgang 78 | 6/2026 | D 4713 | igmetall.de/metall

Warum der Herbst heiß wird

175 000 Beschäftigte demonstrierten am Automobilaktionstag für ihre Arbeitsplätze und Standorte – ein gelungener Start in die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie



Foto Titelseite: Michael Seehase

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Oktober 2026



Mit der Forderung »Hände weg von unseren Arbeitsplätzen« (das gesamte Transparent seht Ihr auf Seite 10) setzten die Kolleginnen und Kollegen des Mercedes-Benz-Sprinter-Werks Düsseldorf gemeinsam mit Beschäftigten der ZF Active Safety am bundesweiten Automobilaktionstag ein deutliches Signal. Rund 175 000 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten am Automobilaktionstag gegen Verlagerungen und Sparprogramme und für Investitionen in Standorte, Produkte und Beschäftigte.

Foto: Thomas Range

Editorial

Der heiße Herbst ist da



Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall

Foto: Heiko Stumpe

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

rund 175 000 Beschäftigte der Automobilindustrie haben beim Automobilaktionstag klargemacht: Werksschließungen, Stellenabbau und Lohnkürzungen sind keine Lösungen. Sie sind nicht länger bereit, für eine Krise zu zahlen, die sie nicht verschuldet haben.

Ein paar Tage später waren ebenso viele Menschen dem Aufruf des DGB gefolgt, um gegen die Reformpläne der Bundesregierung zu demonstrieren. Mit dabei waren auch viele Metallerinnen und Metaller, die ein Zeichen für einen starken Sozialstaat gesetzt haben. Jetzt gilt es, den Druck auf Arbeitgeber und Politik hochzuhalten.

Wir erwarten, dass Vorstände und Geschäftsführungen in der Automobilindustrie, egal ob Automobilhersteller, Zulieferer oder Entwicklungsdienstleister, Verantwortung für das Autoland Deutschland, die Beschäftigten und die Arbeitsplätze übernehmen. Denn es geht um alles! Um Hunderttausende Arbeitsplätze, um die Schicksale von Frauen, Männern und Familien. Es geht um die Zukunft der gesamten Branche – und damit um den Kern der deutschen Industrie. Wir fordern Investitionen statt Dividenden und Perspektiven für alle Standorte.

Von der Bundesregierung fordern wir einen Kurswechsel. Bisher kommen aus Berlin vor allem Reformen, die zulasten der Beschäftigten gehen. Besonders wichtig für uns: Die Regelungen zu Altersteilzeit und abschlagsfreier Rente nach 45 Versicherungsjahren müssen bleiben!

Der Automobilaktionstag und die Sozialproteste haben gezeigt: Die IG Metall kann kämpfen. Diesen Schwung nehmen wir jetzt mit in die anstehende Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie. Mit unserer Forderung von fünf Prozent beweisen wir kämpferischen Realismus: Wir erkennen den Ernst der Lage an – und fordern trotzdem unseren gerechten Anteil. Gemeinsam werden wir den Arbeitgebern einen heißen Herbst bereiten!



Leserinnen und Leser meinen



Ausgabe 5/2026

Foto: IG Metall

Kollektive Kriegsparanoia

METALL 5/2026

»Aufruf zum Antikriegstag 2026«

Endlich eine kritische Stimme zur kollektiven Kriegsparanoia. Der Ukraine-Krieg wird allerdings künstlich in die Länge gezogen, damit die Rüstungsindustrie davon profitiert (siehe auch die Börsenspekulationen). Das sichert aber auch Beschäftigung. Mit diesem Widerspruch müsste man sich auseinandersetzen!

Dr. Michael Hesseler, Bremen

Beherzte Stimme vermisst

METALL 4/2026

»Gemeinsam für eine gute Rente«

In beiden Interviews wird richtigerweise von den drei Metallern Imke Diekena, Folkert Schwitters und Lutz Schäffer als Ziel für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Sozialversicherungen (Kranken- und Rentenversicherung) die Bürgerversicherung gefordert. Die wäre der richtige und überfällige Schritt hin zu einer solidarischen und gerechten Gesellschaft. Die Spaltung des Landes durch die rückständigen, undemokratischen Privilegien bei Pensionen und privaten Krankenversicherungen, die alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer teuer mitbezahlen müssen, würde gemindert, das Vertrauen in die Politik gestärkt. Auch wenn es der IG Metall in erster Linie um Beschäftigung und den Erhalt von Arbeitsplätzen gehen muss (Industriestrom), habe ich in dieser Frage ihre beherzte und beharrliche Stimme während des Reformprozesses bei Rente und Gesundheit vermisst, zumal anscheinend erstmals eine reale politische Chance auf einen Einstieg in die Bürgerversicherung bestand.

Karin Böhme, per E-Mail

»Versemmeln Sie es nicht«

METALL 5/2026

»Gemeinsam für soziale Politik«

Zu behaupten, bei einer zugegeben notwendigen Rentenreform würden alle gleichermaßen belastet, stimmt einfach nicht! Statt endlich wirklich alle Bürger unseres Landes in eine einheitliche Rentenkasse einzahlen zu lassen, gibt es weiterhin Ausnahmen! Beamte, die nach wie vor nach 40 Dienstjahren mit durchschnittlich rund 3600 Euro netto in Pension gehen können – und damit nach jetzigem Stand das circa 2,3-fache Altersgeld pro Monat erhalten wie der Normalbürger mit einer Durchschnittsrente von circa 1600 Euro (brutto) und das auch erst nach 47 Beitragsjahren. Von wegen Gerechtigkeit und alle werden gleich behandelt! Zum Beispiel Politiker: Nach nur einem Jahr im Parlament besteht ein Anspruch auf Rente, mit jeweils 2,5 Prozent des letzten Diätenmonatsbezugs. Nach nur einer Legislatur von vier Jahren sind das zehn Prozent von derzeit circa 12 000 Euro Diätenbezug pro Monat – und somit schon ein Rentenanspruch von 1200 Euro. In unserem Land gibt es somit Menschen erster und zweiter Klasse! Also, Herr Merz und Herr Schweitzer, neu denken. Und versemmeln Sie es nicht!

Hans-Jürgen Vogt, per E-Mail

Wehrhaftigkeit sichert den Frieden

METALL 5/2026

»Aufruf zum Antikriegstag 2026«

Die Kritik des DGB an der Rhetorik der Kriegstüchtigkeit verkennt die veränderte geopolitische Realität. Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit. Sie erfordern eine glaubhafte Abschreckung, um Konflikte effektiv von Europa fernzuhalten. Voraussetzung dafür sind eine voll einsatzfähige Bundeswehr und ein starkes Bekenntnis zur NATO. Nur als verlässlicher Bündnispartner kann Deutschland seine Sicherheit langfristig garantieren. Um diese Verteidigungsfähigkeit auch personell zu sichern, ist die Einführung einer Wehrpflicht für alle Bürgerinnen und Bürger der richtige Schritt. Sie verankert die Bundeswehr fest in der Mitte der Gesellschaft und macht die Verteidigung des Staates zur Gemeinschaftsaufgabe. Eine Stärkung unserer Verteidigungsstrukturen ist kein Zeichen von Aggression, sondern eine notwendige Investition in die Stabilität.

Johann Holzapfel, Rattenberg

»Vor dem gierigen Staat nicht geschützt«

METALL 4/2026

»Gemeinsam für eine gute Rente«

Gut gemeinter Beitrag. Ich sehe es auch so, dass »Jung gegen Alt« ein Ablenkungsmanöver gewisser Interessengruppen ist. Was mir zum Thema »selbst vorsorgen« im Beitrag gefehlt hat, ist, dass das für das Alter Gesparte vor dem gierigen Staat nicht geschützt ist. Hat man zum Beispiel 80 000 Euro in ETFs angelegt und wird mit 55 arbeitslos, muss man mit 57 erst einmal fast das ganze Geld selbst verbrauchen, bevor es Grundsicherung gibt. Der Sparer ist somit der Dumme. Und dass die jetzige Regierung Interesse daran hätte, hier etwas für den Bürger zu tun, sehe ich nicht. Würdet Ihr das Thema in einem folgenden Beitrag bitte einmal deutlich herausarbeiten?

Stefan Thorwest, per E-Mail

Deine IGM

metall wird digital

METALL

Mitglieder, die die metall in Zukunft als E-Paper mit Leseansicht und Vorlesefunktion erhalten möchten, hinterlassen oder aktualisieren ihre E-Mail-Adresse am besten mittels dem Link.

Von der Redaktion



Blättern oder scrollen: Zukünftig erhalten Mitglieder das metall-Magazin als E-Paper, das sich dem verwendeten Bildschirmformat anpasst.

Immer mehr Menschen konsumieren Nachrichten und journalistische Texte aller Art digital: in Apps, auf Websites, über Newsletter oder moderne E-Paper. Darüber hinaus informieren sich viele per Audio- und Videoformate über das, was sie früher ausschließlich in Tageszeitungen und Magazinen gelesen haben. Und sie tun es, wann und wo sie es wollen, und orientieren sich dabei nicht an den Ausstrahlungsterminen der Fernseh- und Rundfunksender – dem Smartphone sei Dank.

Deshalb entwickelt auch die IG Metall ihre Mitgliederkommunikation ständig weiter. Wir möchten Dich schneller, aktueller und zielgerichteter informieren. Digitale Formate ermöglichen es uns, auf aktuelle Entwicklungen direkt zu reagieren und Dich zu informieren, ohne auf lange Produktions- und Versandwege angewiesen zu sein.

Damit reagieren wir auch auf die Ergebnisse der regelmäßig von uns durchgeführten Befragungen der Leserinnen und Leser des metall-Magazins: Immer mehr von Euch wünschen sich, Nachrichten, Reportagen und Berichte aus der Welt der IG Metall und ihren Branchen digital zu erhalten.

Deshalb erscheint das metall-Magazin ab der nächsten Ausgabe als zeitgemäßes E-Paper mit Leseansicht, die sich dem Bildschirm des Smartphones, des Tablets oder des PCs anpasst. Darüber hinaus bietet das E-Paper eine Vorlesefunktion für alle Artikel. Das Magazin wird außerdem Schritt für Schritt durch weitere digitale Angebote auf verschiedenen Kanälen ergänzt.

Damit Du das neue E-Paper zuverlässig erhältst und über alle neuen Produkte auf unseren digitalen Kanälen stets informiert bleibst, benötigen wir Deine aktuellen Kontaktdaten. Bei vielen Mitgliedern fehlen E-Mail-Adressen oder andere wichtige Angaben.

Deshalb starten wir eine Initiative, um die Mitgliederdaten zu aktualisieren. So stellen wir sicher, dass wir Euch besser erreichen, wichtige Informationen schneller zustellen und Euch digitale Angebote sicher zur Verfügung stellen können.

https://qrco.de/bh3B5T

Tarif

Zwischen Erholung und Tarifrunde

EISEN UND STAHL

Die Lage der Stahlindustrie hellt sich auf. Jetzt beginnt die Auseinandersetzung darüber, was davon bei den Beschäftigten ankommt.

Von Jacqueline Sternheimer



Voll ausgelastet, aber trotzdem bleibt die Lage angespannt bei ArcelorMittal in Bremen, weil die Verkaufspreise nicht in gleichem Maße steigen. Insgesamt stehen die Zeichen aber auf Erholung und Zukunftsinvestitionen.

Foto: Cordula Kropke

Die Stahl-Tarifbewegung nimmt Fahrt auf. Anfang November wird die Forderung beschlossen und am 31. Dezember endet die Friedenspflicht für die nordwestdeutsche und ostdeutsche Stahlindustrie. Die Vorzeichen haben sich seit der vergangenen Tarifrunde geändert: Die Stahlindustrie steht weiterhin unter Druck, aber gleichzeitig zeichnet sich eine wirtschaftliche Erholung ab.

Die Produktion steigt wieder, die Auftragseingänge nehmen zu und viele Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Wachstumsprognosen für 2026 nach oben korrigiert. Im ersten Quartal legten die Auftragseingänge der Stahlindustrie um 4,2 Prozent zu, die Produktion um 3,7 Prozent. Von Januar bis August lag die Rohstahlerzeugung 6,3 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Auch für Uwe Fink, Tarifexperte der IG Metall, hat sich das Bild im Verlauf des Jahres aufgehellt. Gleichzeitig mahnt er zu einem differenzierten Blick auf die Lage der Branche. Die Herausforderungen der Stahlindustrie ließen sich nicht allein auf Importe oder China zurückführen. »Importdruck ist ein Faktor. Aber es ist eben nur ein Faktor«, sagt Fink. Ebenso wichtig seien die Entwicklung der Abnehmerbranchen, Investitionen, Energiepreise und die industriepolitischen Rahmenbedingungen.

Wie sich die wirtschaftliche Entwicklung in den Betrieben niederschlägt, zeigt ein Blick in die Werke. Bei Ilsenburger Grobblech setzt man auf Zukunftsinvestitionen. Über 200 Millionen Euro sind dort in eine neue Wärmebehandlungslinie für hochwertige Spezialstähle geflossen. »Unsere Antwort auf den Wettbewerbsdruck kann nicht sein, immer günstiger zu werden«, sagt Mike Schneevoigt, Mitglied der Verhandlungskommission. Die Zukunft liege in hochwertigen Produkten und perspektivisch auch in klimafreundlich produziertem Stahl.

Die Tarifrunde wird kein Selbstläufer

Bei ArcelorMittal Bremen zeigt sich eine andere Facette. »Wir sind voll ausgelastet«, sagt Betriebsrat und Tarifkommissionsmitglied Mike Böhlken. Doch gleichzeitig bleibe die wirtschaftliche Lage angespannt, weil die Verkaufspreise nicht in gleichem Maße stiegen. Der Konzern investiert dennoch in den Standort, modernisiert bestehende Anlagen und bereitet sich auf den weiteren Umbau der Stahlproduktion vor.

In den Betrieben wächst die Erwartung, dass sich die positiven Entwicklungen auch bei den Beschäftigten bemerkbar machen. »Die Kolleginnen und Kollegen sehen, dass wieder mehr produziert wird«, sagt Uwe Fink. Was die Durchsetzung angeht, warnt Mike Böhlken allerdings davor, die Tarifrunde zu unterschätzen. »Wer Prozente fordert, muss auch bereit sein, dafür auf die Straße zu gehen. Kein Arbeitgeber wird in dieser Situation freiwillig sein Portemonnaie aufmachen.« Die wirtschaftlichen Signale zeigen wieder nach oben. Deshalb ist für die Beschäftigten klar: Die Erholung muss sich auch auf dem Lohn- und Gehaltszettel bemerkbar machen. Genau darum wird es in den kommenden Wochen gehen.

Alle Infos zur Tarifrunde: igmetall.de/tarifrunde-stahl-2026

Erfolgsrezept Tarifbotschafterin

TEXTILE DIENSTE

Die Tarifbewegung Textile Dienste steht diesmal unter besonderen Vorzeichen. Die Großwäscherei Bardusch will aus dem Arbeitgeberverband austreten. Metallerinnen und Metaller bauen das Netzwerk an Tarifbotschafterinnen und -botschaftern weiter aus.

Von Martina Helmerich

Es sind intensive Wochen bei den Textilen Diensten im Herbst. Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht die Großwäscherei Bardusch. In den vergangenen Wochen wurden in den Betrieben zahlreiche Gespräche geführt und viele Unterschriften für den Erhalt der Tarifbindung gesammelt. Viele Beschäftigte sorgen sich um ihr Einkommen. Sie befürchten, dass sich ihre Arbeitsbedingungen durch den Austritt von Bardusch aus dem Arbeitgeberverband verschlechtern.

Die Aktionen zeigen Wirkung: Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich bereit erklärt, als Tarifbotschafterinnen und -botschafter aktiv zu werden. Emel Aydingül arbeitet bei Bardusch am Hauptsitz in Ettlingen in der Produktion. Die Metallerin engagiert sich jetzt als Tarifbotschafterin: »Mir geht es darum, dass wir als Belegschaft gemeinsam etwas erreichen. Wir müssen zusammen Stärke aufbauen und uns der Tarifflucht des Arbeitgebers entgegenstellen.«

An mehreren Bardusch-Standorten hat die Mehrheit der Beschäftigten die Petition bereits unterschrieben. Miriam Bürger von der IG Metall bringt die Stimmung auf den Punkt: »Wer jetzt zögert, die Mehrheitspetition zu unterschreiben, akzeptiert letztlich, dass der Arbeitgeber Verschlechterungen anstrebt. Wer Verbesserungen will, muss jetzt unterschreiben.«

Die Tarifbewegung zur Verteidigung guter Arbeitsbedingungen nach dem Austritt Barduschs aus dem Arbeitgeberverband ist zugleich der Auftakt für das textile Tarifjahr. Wichtige Erfahrungen liefert dabei die Tarifbewegung aus dem Jahr 2025. Da wurde der systematische Aufbau gewerkschaftlicher Stärke erprobt. Tarifbotschafterinnen und -botschafter waren ebenso Schlüssel zum Erfolg wie die kontinuierliche Rückkopplung mit den Beschäftigten.

Viele Hände werden gebraucht

Die Erkenntnisse und Instrumente, die bei Bardusch entwickelt werden, sollen zunächst in die Tarifbewegung der Textilen Dienste und anschließend in die Tarifbewegungen der übrigen textilen Branchen einfließen. Klar ist: Um die Tarifpolitik erfolgreich weiterzuentwickeln, werden viele engagierte Kolleginnen und Kollegen gebraucht. Die kommenden Tarifbewegungen bieten die Chance, neue Instrumente der Tarifrundenführung kennenzulernen, auszuprobieren und gemeinsam noch stärker zu werden.

Branchendaten Textile Dienste

- Die Unternehmen der Branche sind vor allem industrielle Wäschereien und Textilserviceunternehmen, die Arbeits- und Schutzkleidung reinigen und aufbereiten.
- Bundesweit gibt es rund 25 000 Beschäftigte, 12 500 davon unmittelbar tarifgebunden. Der Frauenanteil bei den Beschäftigten der Branche beträgt 70 Prozent.
- Der Tarifvertrag, den die IG Metall mit dem Branchenverband intex für die Beschäftigten der Textilen Dienste abgeschlossen hat, läuft bis zum 28. Februar 2027.
- So geht es weiter: Die Tarifkommissionen einigen sich bis Anfang Dezember auf eine Forderungsempfehlung. Die beschlossene Forderung geht im Januar an den Arbeitgeberverband.

Titel

Gegen Kahlschlag und für starken Sozialstaat

PROTEST

350 000 Beschäftigte fordern Zukunftsperspektiven. Das machte eine Woche mit zwei bundesweiten Aktionstagen deutlich: Erst protestierten 175 000 gegen den Kahlschlag in der Autoindustrie. Fünf Tage später waren wieder 175 000 auf der Straße. Dieses Mal für eine sozialere Politik. Die IG Metall kämpft dafür, dass die Autoindustrie ohne Sparprogramm wieder wettbewerbsfähig wird und die soziale Sicherheit stabil bleibt.

Von Christoph Böckmann und Simon Che Berberich



280 Aktionen: Bundesweit machten 175 000 Beschäftigte der Auto- und Zuliefererindustrie deutlich: Wir brauchen Investitionen, keine Sparprogramme.

Foto: Thomas Range

Die rot-weiß gestreifte Schranke öffnet sich. Es ist kurz vor zwölf. Für viele Minuten wird sie sich nicht schließen können, denn ein nicht enden wollender Zug von Demonstranten schlängelt sich durch das Tor eins. Über ihm prangt das VW-Logo und der Schriftzug »Nutzfahrzeuge«. Die Beschäftigten strömen aus dem Hannoveraner Werk zum Festplatz Stöcken. Mittendrin: Christiane Benner. Am von Bäumen gesäumten Kundgebungsort angekommen, betritt die Erste Vorsitzende der IG Metall die Bühne und ruft ins Mikrofon, worum es geht: »Die Managements müssen endlich begreifen: Leute rausschmeißen wird die Wirtschaft nicht retten! Das wird die deutsche Autoindustrie nicht wieder an die Spitze bringen. Das wird nur mit Innovationen und mutigen Investitionen in Produkte, Technologie und Standorte – kurz, in die Zukunft – gelingen.«

6000 Beschäftigte applaudieren. Sie haben Plakate und Transparente mitgebracht: »Zukunft statt Kahlschlag« ist darauf zu lesen. Oder: »Zusammenhalt ist unsere stärkste Marke«.

Nicht nur in Hannover und nicht nur bei VW: Bundesweit setzen an diesem Montag, dem 21. September, 175 000 Beschäftigte bei rund 280 Aktionen ein deutliches Zeichen. Von Stuttgart bis Kiel, von Emden bis München, ob Zulieferer oder Hersteller, ob Protestaktion vor dem Werkstor oder Betriebsversammlung auf dem Firmengelände – überall die gleichen eindrucksvollen Bilder: Metallerinnen und Metaller stehen eng zusammen, machen Lärm, demonstrieren Kampfbereitschaft gegen die Kahlschlagpläne ihrer Konzernchefs. Dieser Autoaktionstag ist Teil des heißen Herbstes. Heißt: Seit Wochen schon heizen die Beschäftigten ihren Konzernbossen durch Protestaktionen ein. Sie werden weiter Druck machen, bis die Konzernbosse umlenken und statt Kahlschlagplänen endlich echte Zukunftsperspektiven bieten. Dass am 31. Oktober um Mitternacht die Friedenspflicht in der Metall- und Elektroindustrie endet (siehe Seiten 18 – 20), spielt den Beschäftigten dabei zusätzlich in die Karten.

Zugegeben, die Zeiten sind nicht leicht für die Autoindustrie. Die deutschen Hersteller und Zulieferer leiden unter einer Absatzkrise. Der chinesische Markt ist eingebrochen, der

US-Markt ebenfalls. Ursache sind Trumps Zölle und neue, staatlich subventionierte Wettbewerber aus China, die auf die Weltmärkte drängen. Doch statt neue Märkte zu erschließen und den internationalen Wettbewerb durch einen Technologievorsprung zu gewinnen, setzen die deutschen Firmenchefs auf Sparpläne, wollen Werke schließen oder verlagern. Sie sehen nicht ihre Managementfehler, sondern wollen die Beschäftigten zum Sündenbock machen: Sie seien zu teuer und würden zu wenig arbeiten.

Damit der Standort Deutschland wieder wettbewerbsfähig wird, sollen die Beschäftigten statt 35 wieder 40 Stunden die Woche arbeiten, ohne dafür mehr Geld zu erhalten, heißt es zum Beispiel von der Mercedes-Benz-Konzernspitze, die im gleichen Atemzug mit Werksschließungen droht. Eine Form der Erpressung, die sich die Beschäftigten nicht bieten lassen und auch die Politik, Städte und Regionen sich nicht gefallen lassen dürfen. Zudem sind diese Aussagen falsch.

Sparen ist keine Strategie

Die Lohnkosten liegen in der Automobil- und Zuliefererindustrie unter 11 Prozent des Umsatzes, sind somit kein großer Hebel. Sparpotenzial sieht die IG Metall eher in den Chefetagen, bei der Firmenbürokratie sowie bei der Ausschüttung von Dividenden.

»Wir Beschäftigten haben diese Situation nicht verursacht. Nicht die Kolleginnen und Kollegen in der Produktion, nicht die Beschäftigten in der Entwicklung, nicht die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, in der Logistik, im Vertrieb oder sonstwo. Tag für Tag leisten wir alle gemeinsam hervorragende Arbeit. Und deshalb wird es mit uns als Betriebsrat keine Lösung geben, bei der am Ende ausschließlich wir als Beschäftigte die Rechnung bezahlen«, betont Jörg Schlagbauer, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von Audi, am 21. September bei einer Betriebsratssprechstunde. 5000 Beschäftigte sind dafür in Ingolstadt vor die Halle B gezogen, stehen weit über den angrenzenden Platz bis auf die Straße hinaus. Auch auf ihren Schildern steht, was ihnen auf dem Herzen liegt: »Hände weg von unseren Arbeitsplätzen!«

Audi gehört zum VW-Konzern – und auch hier möchte die Konzernspitze kräftig sparen, in erster Linie an den Beschäftigten. »Ja, die Lage ist ernst. Aber vielerorts hat das Management die Zeichen der Zeit nicht erkannt und ist falsch abgebogen. Wenn wir feststellen, dass bezahlbare Autos für Europa fehlen, und wenn wir feststellen, dass wir technologisch nicht mehr an der ersten Stelle sind, dann sind das keine Fehler der Belegschaften, sondern es sind Fehler im Management. Und klar ist: Wir werden nie die Billigsten sein, aber wir müssen wieder die Besten sein«, betont Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, der nach Jörg Schlagbauer in Ingolstadt das Mikrofon ergreift.

Für die IG Metall ist deshalb klar: Unternehmen müssen auf Innovation setzen, in Zukunftsfelder investieren und ihre Strategie an die veränderten Märkte anpassen. Nur so lässt sich die Branche zukunftsfest aufstellen. Bis das geschieht, werden die Beschäftigten mit ihren Aktionen weiter Druck ausüben und den heißen Herbst zum Glühen bringen.

Von der Politik fordert die IG Metall eine aktive Industriepolitik. Zu lange haben Berlin und Brüssel der US-amerikanischen und chinesischen Subventions- und Zollpolitik einfach zugesehen. Jetzt braucht es gezielte Förderung, wirksamen Handelsschutz und Local-Content-Regelungen, die sicherstellen, dass wer in Europa Autos verkaufen will, sie auch hier produzieren muss. Kahlschlagpläne beim Sozialstaat lehnt die IG Metall dagegen entschieden ab.

Ortswechsel: Es ist Samstagvormittag, Ende September in Frankfurt am Main. Im Schatten der Bankentürme steht Katharina Lenz – zusammen mit Tausenden Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Rhein-Main-Gebiet. Wer die Metallerin an diesem Tag fragt, warum sie auf die Straße geht, bekommt eine klare Antwort.

»Ich will der Bundesregierung zeigen, dass es so nicht weitergeht«, sagt die 36-Jährige. »Der geplante Sozialabbau, Kürzungen bei der Rente, Attestpflicht ab dem ersten Krankheitstag – das ist doch alles Wahnsinn!«

Lenz hat ihre beiden Kinder mit zur Demonstration gebracht. Auch für deren Interessen steht sie an diesem Tag in Frankfurt, mit IG Metall-Hut und -Fahne. »Ich will eine soziale Zukunft für meine Kinder«, sagt sie. »Wir müssen unsere hart erkämpften Rechte verteidigen.« So wie Katharina Lenz haben in den vergangenen Monaten viele Tausend Menschen demonstriert. Bisheriger Höhepunkt der Proteste: der bundesweite Aktionstag des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Mitgliedsgewerkschaften am 26. September. An diesem Tag ziehen Zehntausende in 15 deutschen Großstädten durch Fußgängerzonen und auf Plätze – von Freiburg bis Kiel, von Leipzig bis Essen. Ihr Motto: »Hart verdient! Deine Arbeit, Deine Gesundheit, Deine Rente.« Viele Metallerinnen und Metaller sind mit auf der Straße. Viele von ihnen mit Wut im Bauch.

Respekt vor harter Arbeit

Kein Wunder: Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat zuletzt kaum eine Gelegenheit ausgelassen, um die Menschen in Deutschland zu mehr Arbeit aufzurufen. Für hart arbeitende Stahlkocher, Mechanikerinnen und Bandarbeiter klingt das wie Hohn. Und die diskutierte Attestpflicht ab dem ersten Krankheitstag empfinden viele Beschäftigte als Misstrauensvotum – als würden sie ständig blaumachen und müssten deshalb scharf kontrolliert werden.

Dazu kommen zahlreiche geplante Einschnitte bei Rente, Pflege, Gesundheit. Und nicht zuletzt die Angriffe auf schwer erkämpfte Rechte wie den Achtstundentag oder die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie. Für viele ist das Maß längst voll.

Mehr Respekt vor harter Arbeit: Das fordert Jürgen Kerner auch bei der DGB-Kundgebung in Berlin: »Es macht mich wütend, wenn sogenannte Experten die Rente nach 45 Versicherungsjahren schlechtreden, aber keine Ahnung haben vom Arbeitsalltag vieler Beschäftigter«, sagt der Zweite Vorsitzende der IG Metall.

Auch die geplante Abschaffung des Achtstundentags kritisiert er scharf: »Wer heute am Arbeitszeitgesetz rüttelt, der möchte in Gutsherrenart über ungeschützte Beschäftigte verfügen. Nicht mit uns!« Was Zehntausende Gewerkschaftsmitglieder beim DGB-Aktionstag fordern, hat nichts mit Luxus oder Privilegien zu tun. Es geht um einen Bauplan für soziale Sicherheit. Und diese Sicherheit ist in den aktuellen Krisenzeiten besonders wichtig.

Schließlich baut die Industrie weiter im großen Stil Arbeitsplätze ab. Die deutsche Wirtschaft tritt seit Jahren auf der Stelle, auch wenn es zuletzt einige positive Signale gab. Der Arbeitsmarkt dümpelt vor sich hin: Die Jobchancen für Erwerbslose sind schlecht, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) mitteilt.

Bauplan für soziale Sicherheit

In einer solchen Lage braucht es mehr denn je die klare Botschaft: Wer fällt, wird aufgefangen. Das soziale Netz trägt und wird nicht beschnitten. Doch die Regierung von Kanzler Merz sendet seit Monaten gegenteilige Signale: Es geht ums Sparen, Kürzen, Streichen. Das verunsichert viele Menschen im Land. Es erzeugt Frust, oft sogar Angst.

Diese Stimmung ist auch auf dem DGB-Aktionstag zu spüren. Und sie lässt sich sogar messen. In einer aktuellen Befragung der IG Metall wurden als größte Sorgen genannt: gestiegene Kosten für die Lebenshaltung, steigende Kosten für Gesundheit und die Absicherung im Alter. Über 40 Prozent der Erwachsenen schränken wegen solcher Sorgen bereits ihre Konsumausgaben ein. Das ist Gift für die ohnehin stotternde Konjunktur in Deutschland.

Wie es anders ginge? IG Metall-Sozialvorstand Ralf Reinstädtler hat eine Antwort: »Wer Sicherheit im Wandel schaffen will, muss den Sozialstaat stärken. Zukunft entsteht nicht durch Sparprogramme, sondern durch Mut und Investitionen.« Der Sozialstaat sei kein Almosen, sondern von den Beschäftigten getragen und verdient. »Rente, Gesundheit, Pflege und Familienleistungen sind keine politischen Geschenke, sondern hart erarbeitete und erkämpfte Rechte«, sagt Reinstädtler.

Rückschritt verhindern

Es gehe darum, das Land gerechter zu machen und Lasten fair zu verteilen. Starke Schultern müssten endlich wieder mehr tragen. »Wir erwarten Reformen, die das Leben besser machen – und keinen sozialpolitischen Kahlschlag.«

Auf eine solche Politik hofft auch Wolfgang Reikischke, der in diesem Herbst ebenfalls gegen Sozialabbau demonstriert. Der Metaller ist Betriebsrat bei Safran Cabin im hessischen Herborn. Er weiß genau, was fest vereinbarte Arbeitnehmerrechte wert sind – und dass sie immer wieder verteidigt werden müssen.

»Unsere Vorgänger haben wochenlang gestreikt für soziale Errungenschaften: für die Lohnfortzahlung, für die 35-Stunden-Woche«, sagt der gelernte Installateur. Er ist sich sicher: Wenn die Radikalreformer in der Politik merken, dass die Beschäftigten sich Kürzungen gefallen lassen, dann machen sie weiter. Dasselbe gelte für die Scharfmacher in manchen Unternehmensführungen – so wie zuletzt bei Mercedes-Benz und bei Volkswagen. Oder so wie beim Arbeitgeberverband Gesamtmetall, der das Betriebsverfassungsgesetz angreift und damit die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten.

»Wer jetzt den Arsch nicht hochkriegt, wird sich später fragen müssen: Warum hast Du nichts getan?«, sagt Wolfgang Reikischke und fordert eine grundlegende Politikwende: »Wir müssen den Reichtum, den es in Deutschland gibt, gerechter verteilen.«

Gesucht: faire Zukunft

Um gerechte Verteilung geht es auch in der laufenden Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie. Und die Debatte um den Sozialstaat ist damit untrennbar verbunden. Denn was der Sozialstaat nicht leistet, muss jeder privat bezahlen: sei es über höhere Zuzahlungen für Medikamente, über privat organisierte Kinderbetreuung oder private Altersvorsorge. Wenn bei Gesundheit, Rente und Pflege radikal gekürzt wird, dann werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ärmer. Vom Lohn bleibt dann für viele wenig übrig.

Für Ralf Reinstädtler steht aktuell viel mehr auf dem Spiel als nur einige Details der Sozialversicherung: »Es geht um mehr als um einzelne Gesetze, es geht um die zukünftige Richtung unseres Landes«, sagt der IG Metall-Sozialvorstand. »Wollen wir ein Land, in dem soziale Sicherheit Schritt für Schritt abgebaut wird, während die Reichen immer reicher werden? Oder wollen wir ein Land, in dem es fair zugeht?« Für die IG Metall ist die Antwort klar. Nun gilt es, dafür zu kämpfen.



» Leute rausschmeißen wird die Wirtschaft nicht retten. Das wird nur mit Innovationen und Investitionen gelingen.« Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall

Foto: Heiko Stumpe



» Wir werden nie die Billigsten sein. Aber wir müssen wieder die Besten sein.« Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Foto: Alexander von Spreti



» Wir erwarten Reformen, die das Leben besser machen – keinen sozialpolitischen Kahlschlag.« Ralf Reinstädtler, Sozialvorstand der IG Metall

Foto: Oliver Dietze



Mit dabei beim Automobilaktionstag waren auch die Kolleginnen und Kollegen vom VW-Stammwerk in Wolfsburg. Sie kämpfen für den Erhalt aller VW-Werke.

Foto: Heiko Stumpe



Laut und deutlich: Beim DGB-Aktionstag für soziale Politik gingen Tausende Metallerinnen und Metaller auf die Straße – so wie hier in Berlin.

Foto: Christian von Polentz

Interview

»Sparprogramme bringen keine Technologieführerschaft«

Was sind die Ursachen der Krise in der Autoindustrie und wie kommen wir da raus? Diese Fragen beantworten Jörg Schlagbauer, Audi-Gesamtbetriebsratsvorsitzender, und Karola Frank, Vertrauenskörperleiterin und stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Audi Ingolstadt.



»Wir lassen uns nicht spalten«: Die Beschäftigten stehen eng zusammen, betonen Jörg Schlagbauer und Karola Frank.

Foto: Audi Betriebsrat

175 000 Beschäftigte haben heute beim Autoaktionstag ein deutliches Zeichen gegen Kahlschlagpläne gesetzt. Die waren heute auch Thema Eurer Betriebsratssprechstunde vor dem Werk in Ingolstadt: VW, Euer Mutterkonzern, will sparen, auch bei Audi. Ihr hattet gerade erst ein Sparprogramm beschlossen, wie kann der Konzern jetzt schon wieder eins verlangen?

Jörg: Wir erkennen an, dass sich die Lage in der Automobilindustrie weltweit seit 2024 schon noch einmal entscheidend verändert hat. Aber für mich gilt: »Pacta sunt servanda.« Übersetzt: Verträge sind einzuhalten. Wir werden also nicht zulassen, dass der Arbeitgeber jetzt infrage stellt, was wir beim letzten Mal, also vor knapp eineinhalb Jahren, vereinbart haben. Nämlich, dass es neben einem Sparprogramm auch Investitionen in Höhe von acht Milliarden Euro bei Audi geben wird, die in die Standorte fließen. Denn diese Investitionen bringen den Leuten auch wieder ein Stückchen Perspektive zurück.

Was sind die Ursachen der Krise, in der die Autokonzerne heute stecken?

Jörg: Wir stecken seit 2015 praktisch in einer Dauerkrise: Dieselskandal, Corona, Ukraine-Krieg, die Veränderungen auf dem chinesischen Markt und die geopolitischen Unsicherheiten durch neue Handelskonflikte. Dazu kommt die ökologische und technologische Transformation durch Elektrifizierung und Digitalisierung. All das trifft die Automobilindustrie gleichzeitig.

Hätten die Konzernchefs darauf nicht entsprechend reagieren müssen?

Jörg: Die Managementfehler sind offensichtlich. Man hätte beispielsweise die Entwicklungen in China früher erkennen müssen. Viele Unternehmen haben sich sehr stark von diesem Markt abhängig gemacht. Jetzt rächt sich das. Aber statt ständig nur übers Sparen zu reden, müssen wir endlich darüber sprechen, wie wir wieder wachsen und zukunftsfähig werden.

Einige Arbeitgeber fordern längere Arbeitszeiten. Wäre das ein Ausweg?

Karola: Nein, längere Arbeitszeiten lösen nicht Probleme, die durch strategische Fehlentscheidungen entstanden sind. Klar ist auch: Wenn wir jetzt schon nicht die Arbeit für 35 Stunden haben, wie sollen wir denn dann 40 Stunden vollkriegen? Das würde dann zwangsläufig zu einem Arbeitsplatzabbau führen. Das lehnen wir entschieden ab.

Was wäre stattdessen notwendig?

Karola: Investitionen. In die Werke, in neue Technologien und in die Beschäftigten. Man kann Belegschaften nicht gesundschrumpfen. Durch Sparprogramme gewinnt man weder Technologieführerschaft noch Zukunftsfähigkeit.

Vor einiger Zeit ging eine Liste durch die Presse, auf der vier Werke im VW-Konzern standen, die Konzernchef Oliver Blume schließen will. Darauf stand auch das Audi-Werk in Neckarsulm. Was würde das für den Standort bedeuten?

Jörg: Also erstens gehe ich davon aus, dass das nicht passieren wird, weil wir IG Metall-Betriebsräte da sind und weil wir das nicht zulassen werden. Aber wenn man drüber nachdenkt, wäre das schon ein massiver Schlag für die Beschäftigten und ihre Familien. Die gesamte Region würde darunter leiden: Metzger, Bäcker, Supermärkte würden pleitegehen, Immobilienpreise verfallen. Ohne Audi, was bliebe da noch von der Stadt Neckarsulm übrig?

Wenn Arbeitgeber einzelne Werke infrage stellen, treiben sie damit einen Keil zwischen die Belegschaften?

Karola: Die Belegschaften lassen sich nicht gegeneinander ausspielen. Denn: Greifst Du einen Audianer an, greifst Du alle Audianer an. Und da werden auch die Ingolstädter für Neckarsulm kämpfen.

Jörg: Im Audi-Aufsichtsrat haben wir klargemacht, dass wir diese Auseinandersetzung gemeinsam angehen werden. Wir können uns Audi ohne das Werk in Neckarsulm nicht vorstellen. Neckarsulm gehört zu unserer DNA und wir werden jetzt gemeinsam in den anstehenden Gesprächen mit dem Vorstand andere Lösungen finden.

Interview

»Vermögen wird nicht angemessen besteuert«

Für Rente, Pflege und Gesundheit fehlt Geld. Gleichzeitig werden Superreiche immer reicher. Die Lösung? Endlich eine gerechte Steuerreform, sagt Steuerexpertin Julia Jirmann.



Julia Jirmann forscht beim Netzwerk Steuergerechtigkeit zu Erbschaften, Vermögen und Einkommensteuern. Sie ist Betriebs- und Volkswirtin.

Foto: Isabelle Demin

Hat Deutschland ein Problem mit Ungleichheit?

Die Vermögensungleichheit ist sehr hoch: Die reichsten zehn Prozent besitzen mehr als 65 Prozent des privaten Vermögens, die ärmere Hälfte nur rund zwei Prozent. Weil Vermögen im Vergleich zum Einkommen immer wichtiger wird, entwickelt sich Deutschland zunehmend zur Erbengesellschaft: Herkunft entscheidet stärker über Chancen als eigene Leistung. Wer kaum Vermögen hat, ist zudem besonders von steigenden Mieten und Sozialkürzungen betroffen.

Wie hat sich die Vermögensungleichheit entwickelt?

Die Ungleichheit der Vermögen ist in den 1990er-Jahren bis in die 2000er gestiegen und dann trotz Wachstum und Vollbeschäftigung nicht wieder gefallen. In den letzten zehn Jahren hat sich der Wert der Immobilien und Aktienanteile der wohlhabenden Hälfte etwa verdoppelt.

Warum ist das ein Problem?

Große Vermögen bedeuten wirtschaftliche Verantwortung und politische Macht. Die landet immer öfter nicht in der Hand von mutigen Unternehmern, sondern wird von Vermögensverwaltern am internationalen Kapitalmarkt investiert. Gleichzeitig verlieren viele hart arbeitende Menschen trotz großer Anstrengung den Anschluss. Das ist schlecht für die Wirtschaft und Gift für die Demokratie.

Woher kommt die Ungleichheit?

Vermögen wird in Deutschland nicht angemessen besteuert. Während Vermögen im Verhältnis zu den Einkommen immer wichtiger geworden ist, ist der Anteil der Steuern auf Vermögen nicht mitgewachsen. Und bei den individuellen Steuersätzen zeigt sich: Superreiche sind im Steuersystem privilegiert: Ihre Steuersätze liegen niedriger als die der arbeitenden Mitte.

Wie lässt sich das Steuersystem gerechter machen?

Wir müssen die Erbschaftsteuer reformieren und wieder eine Vermögensteuer erheben. Wir schlagen eine Abgabe von zwei Prozent pro Jahr für Vermögen ab 100 Millionen Euro vor. Mit weiteren Reformen – zum Beispiel bei den Übergewinnen der größten Konzerne – könnte der Staat insgesamt rund 100 Milliarden pro Jahr einnehmen, die arbeitende Mitte entlasten und ins Gemeinwohl investieren.

Oft hört man: Wenn die Reichen mehr Steuern zahlen müssen, wandern sie aus.

Das ist ein Mythos. Dafür haben wir die Wegzugsbesteuerung. Wer in Deutschland mit unserer Infrastruktur und unserem Gemeinwesen große Vermögen erwirtschaftet hat, muss beim Wegzug so viel Steuern zahlen, dass es sich nicht lohnt.

Muss die Mittelschicht Angst vor einer Reform der Erbschaftsteuer haben?

Nein. Freibeträge sorgen dafür, dass in den allermeisten Familien steuerfrei vererbt werden kann. Das wird auch in Zukunft so sein. Die Hälfte der Menschen in Deutschland erbt übrigens kaum etwas. Es geht um Superreiche, die aktuell von der Erbschaftsteuer weitgehend verschont werden. Das ist ungerecht, das müssen wir ändern.

Tarif

Auf in die Warnstreiks

METALL-TARIFRUNDE 2026

Seit über drei Wochen laufen jetzt die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie – ohne Ergebnis. Die Arbeitgeber müssen endlich liefern. Mit dem Ende der Friedenspflicht startet die IG Metall die Warnstreiks. Jetzt gilt es, gemeinsam Druck zu machen.

Von Dirk Erb



Zehntausende demonstrierten im Oktober vor den Verhandlungslokalen, um wie hier in Ludwigsburg Druck auf die Metall-Arbeitgeber zu machen.

Foto: Jens Volle

Mit dem Ende der Friedenspflicht in der Metall- und Elektroindustrie startet die IG Metall am 1. November die Warnstreiks. Bundesweit erhöhen die Beschäftigten den Druck auf die Arbeitgeber. Und die müssen endlich liefern. Die Tarifverhandlungen laufen bereits seit dem 7. Oktober. Zehntausende Beschäftigte demonstrierten vor den Verhandlungen für ihre Forderungen. Ohne Ergebnis.

Die IG Metall fordert fünf Prozent mehr Geld für eine Laufzeit von zwölf Monaten. Außerdem will die IG Metall Arbeitsplätze, Standorte und Zukunft sichern. Für Beschäftigte in gut laufenden Betrieben soll es eine tarifliche Gewinnbeteiligung geben. Mit einer sozialen Komponente will die IG Metall Beschäftigte mit niedrigen Einkommen, die von den gestiegenen Preisen besonders betroffen sind, gezielt entlasten.

Arbeitgeber reden Standort schlecht

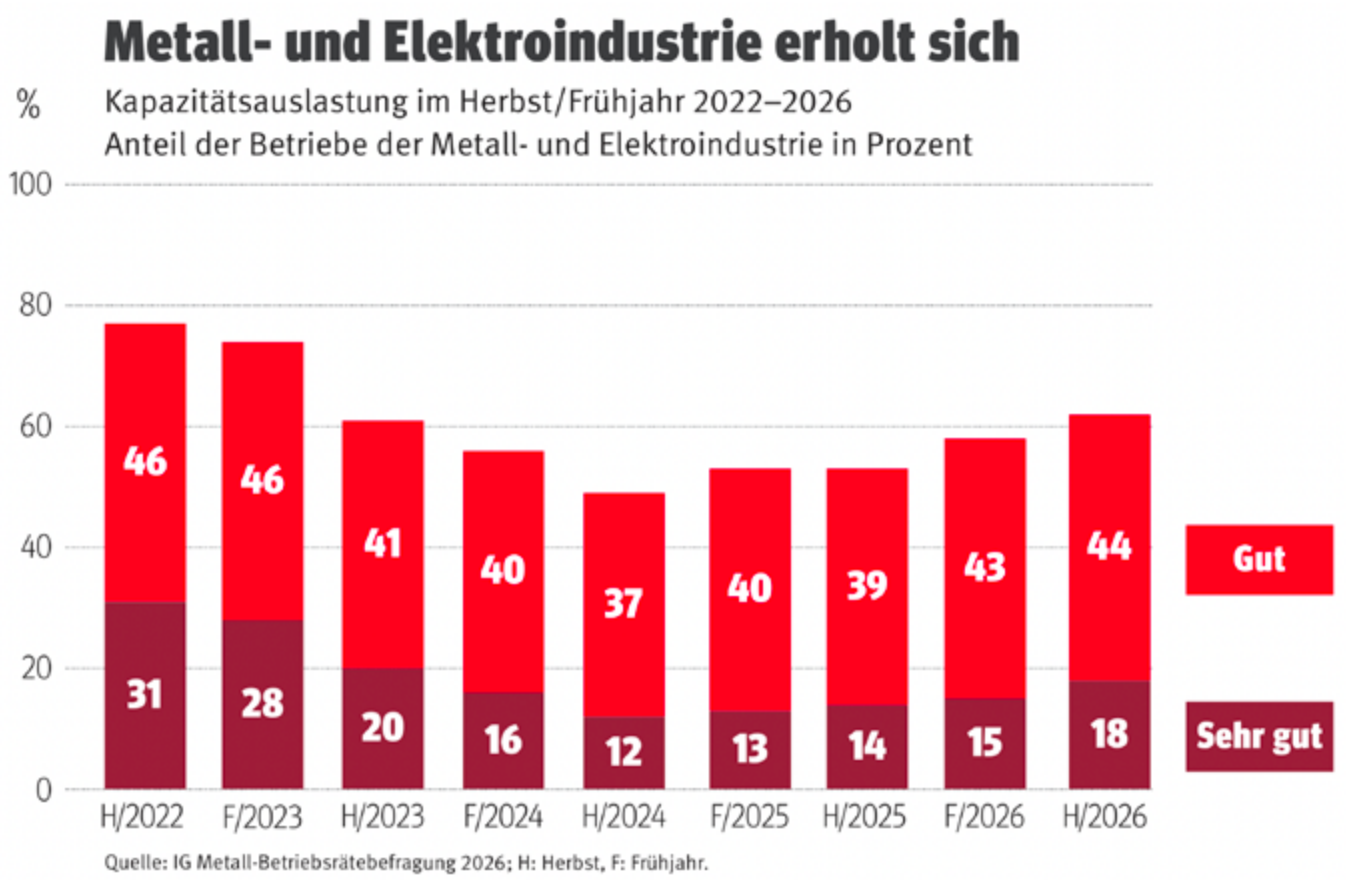
Die Arbeitgeber lehnen die Forderungen der IG Metall ab, reden nur von Krise und behaupten, der Standort Deutschland sei nicht mehr wettbewerbsfähig – und die Beschäftigten zu oft krank, unproduktiv und teuer. Sie drohen mit noch mehr Verlagerungen und Arbeitsplatzabbau. Und in immer mehr Unternehmen greifen sie über Jahrzehnte erkämpfte tarifliche Standards an, etwa die 35-Stunden-Woche. Die Beschäftigten sollen unentgeltlich wieder 40 Stunden arbeiten, was bei zu wenig Arbeit erst recht zu Personalüberhängen und Arbeitsplatzabbau führen würde.

Ja, viele Betriebe sind in der Krise und bauen ab. Doch die Löhne sind nicht das Problem: Ihr Anteil am Umsatz der Metall- und Elektroindustrie liegt bei gerade mal 16,9 Prozent. Und keineswegs allen Betrieben geht es schlecht. Die Autoindustrie hat Probleme, doch Halbleiter, Wehrtechnik, Medizin- und Energietechnik sowie Luft- und Raumfahrt boomen. Auch in der Branche Nutzfahrzeuge läuft es wieder. Laut einer aktuellen Befragung der IG Metall unter Betriebsräten haben 62 Prozent der Betriebe wieder eine gute bis sehr gute Auslastung (Grafik auf der folgenden Seite). Und die Mehrheit der Betriebsräte schätzt die

Aussichten in den kommenden sechs Monaten als gut oder sogar sehr gut ein, selbst in der Autoindustrie. Das deckt sich auch mit der Einschätzung der Wirtschaftsinstitute, die ihre Wachstumsprognosen nach oben korrigiert haben.

Doch die Betriebsrätebefragung zeigt auch, dass selbst Betriebe, die gut laufen, Arbeitsplätze abbauen. »Die Manager denken nur noch kurzfristig, statt in die Zukunft.« Diesen Vorwurf äußerten viele Metallerinnen und Metaller auf den Demos vor den Verhandlungen der letzten Wochen. Und: »Die sollen aufhören, den Standort Deutschland und uns Beschäftigte immer nur schlechtzureden.«

Viele Rednerinnen und Redner auf den Kundgebungen schildern, wie das Management die allgemeine Krisenstimmung in ihren Betrieben ausnutzt, um billig zu verlagern und den Beschäftigten in die Tasche zu greifen.



Eine gemeinsame Forderung für alle

Vielen Demonstrierenden ist die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze wichtig. Doch auch Beschäftigte aus kriselnden Betrieben sagen, dass mehr Geld zum Ausgleich der gestiegenen Preise drin sein muss. Die Lage in den Betrieben ist differenziert. Das ergab auch die Befragung von 267 000 Beschäftigten in 2285 Betrieben im Sommer: 47 Prozent schätzten die Lage in ihrem Betrieb als gut oder sehr gut ein, 22 Prozent als schlecht oder sehr schlecht. Hauptthema waren die gestiegenen Kosten für Lebenshaltung (68,9 Prozent). Mehr als die Hälfte sorgt sich jedoch auch um ihren Arbeitsplatz und die Zukunft ihres Betriebs. 48 Prozent hielten eine moderate, 35 Prozent gar eine kräftige Entgelterhöhung für angemessen.

Ähnlich verliefen auch die Diskussionen der Betriebsräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen und der Metall-Vertrauensleute aus den Betrieben in den Tarifkommissionen. Am 22. September entschieden die Tarifkommissionen über ihre Forderungen. Am 23. September beschloss dann der Vorstand der IG Metall die gemeinsame Forderung.

»Mit unserem demokratisch entwickelten Tarifpaket liegen passgenaue Antworten auf dem Verhandlungstisch«, erklärt IG Metall-Tarifvorständin Nadine Boguslawski. »Wir erwarten jetzt von den Arbeitgebern Antworten auf die unterschiedlichen Lagen der Betriebe: von Plänen und Garantien für die Zukunft und sichere Beschäftigung bis zum gerechten Anteil an den von den Beschäftigten erwirtschafteten Gewinnen.«

Deindustrialisierung stoppen

»Mit unserer Tariferhöhung stabilisieren wir die Wirtschaft. Der private Konsum ist aktuell die wichtigste Stütze für die Konjunktur«, betont die Erste Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner. »Mit Verzicht hingegen lösen wir nicht die Probleme der Metall- und Elektroindustrie. Die Arbeitgeber müssen endlich Abbau und Verlagerungen stoppen, sich klar zum Standort Deutschland bekennen und in Zukunftsprodukte und -technologien investieren.«

Dazu sind die Arbeitgeber bislang jedoch nicht bereit. Klar ist: Freiwillig werden sie uns nichts geben. Sie wollen die aktuelle Situation stattdessen dazu nutzen, die IG Metall kleinzumachen. Wir müssen unsere Forderungen gemeinsam durchsetzen. Macht mit, kommt zu den Aktionen und Warnstreiks Eurer IG Metall!

Aktuelle Nachrichten zu Verhandlungen und Warnstreiks: metall-tarifrunde.de

VW-Spitze kündigt Tarifverträge

Volkswagen ist nicht im Flächentarif der Metall- und Elektroindustrie, sondern hat einen eigenen Haustarif. Der Arbeitgeber hat alle wesentlichen Tarifverträge des VW-Haustarifs gekündigt und will den Beschäftigten ans Geld. Erst im Juni hatte VW 2,6 Milliarden Euro an die Aktionäre ausgeschüttet.

Aktuelle Nachrichten und Hintergründe zu VW: igm-bei-vw.de

Tarifrunde Metall und Elektro 2026

Forderung der IG Metall: +5% mehr Geld

Darüber wollen wir auch reden:

- **Sicherheit** für unsere Arbeitsplätze und Standorte
- **Tarifliche Gewinnbeteiligung** in Betrieben mit guter wirtschaftlicher Situation
- **Soziale Komponente** für Beschäftigte mit niedrigen Einkommen, auch in Teilzeit, sowie Auszubildende

Rat für Tat

Warnstreik ist unser gutes Recht

RECHT SO

Mit Warnstreiks unterstreichen Beschäftigte ihre Tarifforderung gegenüber dem Arbeitgeber. Wer an einem Warnstreik teilnimmt, muss weder Abmahnung noch Kündigung fürchten. Hier erfahrt Ihr, welche Rechte Beschäftigte haben.



Fahnen, Transparente, Trillerpfeifen: Ohne Druck bewegt sich bei den Arbeitgebern nichts. In der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie sind Warnstreiks ab November möglich.

Foto: Frank Rumpenhorst

Warnstreiks sind zeitlich befristete kurze Arbeitsniederlegungen. Sie sind zulässig, sobald die Friedenspflicht abgelaufen ist.

Sie zeigen dem Arbeitgeber, dass die Beschäftigten hinter den Tarifforderungen stehen und bereit sind, dafür zu streiken. Warnstreiks sind eine Ausprägung des vom Grundgesetz geschützten Streiks und ein anerkanntes Instrument in Tarifauseinandersetzungen. Es gibt sie in unterschiedlichen Formen: als kurze Arbeitsunterbrechung, Frühschlussaktion oder öffentliche Kundgebung.

Aufrufen zum Warnstreik darf ausschließlich die Gewerkschaft. Wenn kurze Warnstreikaktionen nicht ausreichen, kann die IG Metall in ausgewählten Betrieben zu ganztägigen Warnstreiks aufrufen, die dazu führen, dass die Beschäftigung am gesamten Arbeitstag ruht. Während der Teilnahme an einem rechtmäßigen Streik ruhen die sogenannten Hauptleistungspflichten aus dem Arbeitsverhältnis, also insbesondere die Arbeitsleistungspflicht des Beschäftigten und die Entgeltzahlungspflicht des Arbeitgebers. Eine Abmahnung oder Kündigung wegen Streikteilnahme ist unzulässig. Wenn der Arbeitgeber trotzdem damit droht, haben Mitglieder der IG Metall Anspruch auf rechtliche Unterstützung.

Nach dem Warnstreik besteht Anspruch auf Weiterbeschäftigung am bisherigen Arbeitsplatz zu unveränderten Bedingungen. Für die Teilnahme spielt es keine Rolle, ob man Gewerkschaftsmitglied ist oder nicht. Gewerkschaftsmitglieder sind aber während eines Warnstreiks gut abgesichert.

Ausstempeln oder nicht?

Beschäftigte müssen ihre Teilnahme am Warnstreik weder beim Vorgesetzten ankündigen noch dafür ausstempeln. Der Arbeitgeber muss die Streikenden für die Dauer des Warnstreiks nicht bezahlen, das heißt, die Zeit muss auch nicht nachgearbeitet werden.

Auszubildende dürfen streiken, denn auch ihre Ausbildungsbedingungen sind in Tarifverträgen geregelt. Ausnahme: An Schultagen müssen sie am Unterricht teilnehmen. Zumindest sollten sie nicht ohne Rücksprache mit der Schule dem Unterricht fernbleiben.

Außertariflich Beschäftigte dürfen ebenfalls warnstreiken. Leihbeschäftigte haben für die Metall- und Elektroindustrie kein eigenes Streikrecht. Sie dürfen aber auch nicht als Streikbrecher eingesetzt werden. Die Leiharbeitsfirma muss über einen angekündigten Streik informiert werden und ist dann verpflichtet, den Lohn während des Warnstreiks weiterzuzahlen.

Zu Notarbeiten während eines Streiks kann der Arbeitgeber Beschäftigte nicht einseitig verpflichten. Ihr Umfang muss zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber verhandelt werden.



Patricia Threin ist Juristin bei der DGB Rechtsschutz GmbH und schreibt in jeder Ausgabe über Fälle aus der Praxis. Ihr habt Fragen zum Rechtsschutz? Die zuständige Geschäftsstelle der IG Metall hilft Euch gern weiter: igmetall.de/vor-ort

§ Alles Recht

Diskriminierung

Kein Schadensersatz bis zur Rente nach Diskriminierung bei der Einstellung

Wer bei einer Stellenbesetzung wegen eines Merkmals nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) benachteiligt wird, hat Anspruch auf Schadensersatz. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat dazu nun entschieden, dass Arbeitgeber zwar für entstandene materielle Schäden haften müssen, diese Haftung aber nicht automatisch zeitlich unbegrenzt fortbesteht. Im konkreten Fall war ein Bewerber bereits 2009 wegen seines Alters benachteiligt worden. In einem früheren Verfahren war festgestellt worden, dass der Arbeitgeber für die daraus entstandenen materiellen Schäden haften muss. Der Kläger verlangte daraufhin auch für die Jahre 2020 bis 2023 Schadensersatz in Höhe von rund 236 000 Euro und vertrat die Auffassung, der Arbeitgeber müsse ihm die Differenz zwischen seinem tatsächlichen Einkommen und dem Einkommen auf der damals verweigerten Stelle bis zur Verrentung ersetzen.

Das BAG wies die Klage ab. Zwar bestätigten die Richter, dass bei einer diskriminierenden Nichteinstellung grundsätzlich Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls bestehen kann. Dieser Anspruch ist jedoch nicht grenzenlos, wenn Betroffene später eine andere angemessene Beschäftigung finden.

BAG, Urteil vom 10. September 2026 – 8 AZR 153/25

Freistellung

Arbeitgeber können nicht pauschal bis Ende der Kündigungsfrist freistellen

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat klargestellt, dass pauschale Freistellungsklauseln in Arbeitsverträgen unwirksam sind. Beschäftigte haben grundsätzlich bis zum Ende des Arbeitsverhältnisses Anspruch auf tatsächliche Beschäftigung. Die Pflicht des Arbeitgebers zu beschäftigen, entfällt lediglich dann, wenn sein Interesse an einer Nichtbeschäftigung das Interesse des Arbeitnehmers an der Beschäftigung überwiegt. Das gilt auch im gekündigten Arbeitsverhältnis. Der bloße Ausspruch einer Kündigung führt nicht zum Wegfall des Anspruchs. Arbeitgeber sind bei Fehlen oder Unwirksamkeit einer entsprechenden Arbeitsvertragsklausel zur einseitigen Freistellung von Arbeitnehmern nur dann berechtigt, wenn sie eigene, überwiegende schutzwürdige Interessen geltend machen können. Diese können bei einem Verdacht auf Verrat von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, einer befürchteten Konkurrenztätigkeit oder der Mitnahme von Kunden gegeben sein. Zudem entfällt der Beschäftigungsanspruch, wenn dem Arbeitgeber die tatsächliche Entgegennahme der Arbeitsleistung nicht mehr möglich ist, etwa wegen Betriebsschließung oder Auftragsmangel.

BAG, Urteil vom 25. März 2026 – 5 AZR 108/25

Kündigung

Begrenzte Auskunftspflichten gegenüber dem Arbeitgeber nach einer Kündigung

Wer nach einer unwirksamen Kündigung Annahmeverzugslohn einklagt, muss dem Arbeitgeber nicht offenlegen, ob und wie er sich auf Stellenangebote beworben hat. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit Urteil vom 26. August 2026 entschieden. Im Streitfall verlangte ein Arbeitgeber umfangreiche Auskünfte über Bewerbungen eines gekündigten Beschäftigten. Er berief sich darauf, der Arbeitnehmer habe es möglicherweise unterlassen, eine andere zumutbare Beschäftigung anzunehmen.

Das BAG zog jedoch klare Grenzen. Arbeitnehmer müssen zwar Auskunft darüber geben, welche Vermittlungsvorschläge sie von der Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter erhalten haben. Einen Anspruch darauf, zu erfahren, ob, wie und mit welchem Ergebnis sie sich beworben haben, haben Arbeitgeber dagegen nicht. Auch Bewerbungsunterlagen müssen nicht vorgelegt werden. Das Urteil stärkt die Rechte von Beschäftigten in Kündigungsschutzverfahren. Es stellt klar, dass Arbeitgeber zwar Informationen zu Vermittlungsvorschlägen verlangen können. Eine umfassende Ausforschung des Bewerbungsverhaltens ist jedoch unzulässig.

BAG, Urteil vom 26. August 2026 – 5 AZR 37/25

Kündigung wegen Krankheit

Eine unterlassene Wiedereingliederung kann eine Kündigung zu Fall bringen

Ein Arbeitgeber darf einem Beschäftigten nicht allein wegen häufiger oder langer Krankheitszeiten kündigen, wenn es Maßnahmen gibt, die Fehlzeiten zu verringern oder die Weiterbeschäftigung zu ermöglichen. Solche Maßnahmen können die Umgestaltung des bisherigen Arbeitsbereichs oder die Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers auf einem anderen – seinem Gesundheitszustand entsprechenden – Arbeitsplatz sein. Darüber hinaus kann sich aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit die Verpflichtung des Arbeitgebers ergeben, es dem Arbeitnehmer vor einer Kündigung zu ermöglichen, im Rahmen eines betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) Behandlungsmaßnahmen zu ergreifen, um dadurch künftige Fehlzeiten auszuschließen oder zumindest erheblich zu verringern.

Für Beschäftigte ist die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vor allem deshalb wichtig, weil sie ihre Chancen erhöht, den Arbeitsplatz trotz längerer Krankheit zu behalten. Führt der Arbeitgeber trotz einer mehr als sechswöchigen Arbeitsunfähigkeit kein gesetzlich vorgeschriebenes BEM durch, verschlechtert das seine Position vor Gericht erheblich. Dann muss er nachweisen, dass auch ein ordnungsgemäß durchgeführtes BEM die Fehlzeiten nicht reduziert und den Arbeitsplatz nicht erhalten hätte. Diese Hürde ist für Arbeitgeber deutlich höher als eine bloße Behauptung, es habe keine Alternative zur Kündigung gegeben.

BAG, Urteil vom 7. Mai 2026 – 2 AZR 184/25

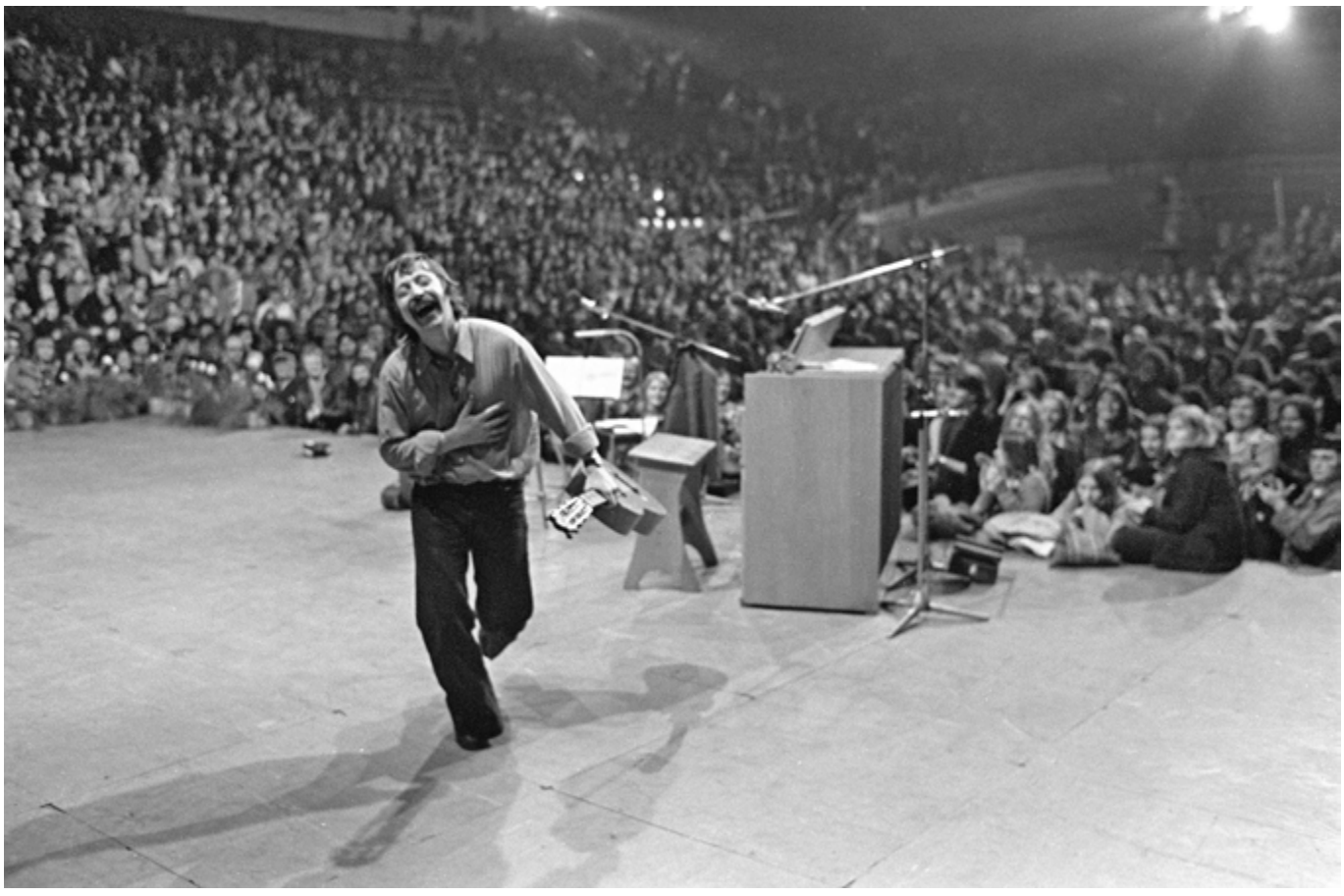
Politik & Gesellschaft

Wie die IG Metall Wolf Biermann in den Westen holte

ZEITGESCHICHTE

Vor 50 Jahren gab DDR-Liedermacher Wolf Biermann ein Konzert in Köln – und damit im »imperialistischen Ausland«. Eingeladen hatte ihn die IG Metall. Der Auftritt hatte dramatische Folgen: Biermann wurde ausgebürgert – und lebte fortan in der Bundesrepublik. Rekonstruktion eines legendären deutsch-deutschen Abends.

Von Simon Che Berberich



In seinem Element: Nach zwölf Jahren Auftrittsverbot in der DDR steht der Liedermacher Wolf Biermann im November 1976 in Köln auf der Bühne – und kann spielen, was er will.

Foto: Wolfgang Steche

Der Tag, an dem Bernhard Wurl einen großen Erfolg erringt, endet mit großem Ärger. Der Metaller steht am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin. Es ist Herbst 1976. Der Bahnhof bildet den Grenzübergang zwischen Ost- und Westberlin und ist damals viel mehr als nur ein Verkehrsknoten. An dieser Stelle treffen die beiden globalen Machtblöcke des Kalten Krieges aufeinander: der demokratisch-kapitalistische Westen und der autoritär-kommunistische Osten.

Bernhard Wurl ist Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall. Bei der IG Metall West, wohlgemerkt. Er war nur zu Besuch in Ostberlin. Jetzt will er zurück nach Westberlin. Doch er hat die Rechnung ohne die Grenzbeamten der DDR gemacht. Über Lautsprecher wird plötzlich sein Name ausgerufen, zusammen mit dem des damaligen Chefredakteurs der metall-Zeitung, den er begleitet. Die beiden werden getrennt in zwei Zimmer gelotst. Sie werden verhört, ihre Taschen kontrolliert. Bei Wurl finden die Grenzer ein Notizbuch mit Namen, Adressen, Telefonnummern. »Das hat mich maßlos geärgert«, erinnert sich der Metaller. »Damit hätte ich rechnen müssen, um meine Kontakte zu schützen.« Dass die beiden Metaller in Ostberlin unter Beobachtung stehen, ist klar. Schließlich besuchen sie nicht irgendwen, sondern einen der bekanntesten Kritiker der DDR-Regierung, den Dichter und Liedermacher Wolf Biermann. Bei ihm haben sie gerade geschafft, was seit Jahren niemandem gelungen war: Sie haben ihn eingeladen, Konzerte in Westdeutschland zu geben – und Biermann hat zugesagt.

Biermann im Kinderzimmer

Kurze Zeit später ist Biermann im Westen. »Er wollte nicht im Hotel wohnen, wo man ihn leicht hätte beobachten können«, erinnert sich Bernhard Wurl. »Also hat er erst mal eine Woche bei mir zu Hause übernachtet, in der Nähe von Frankfurt. Wir hatten ihm das Zimmer meiner Tochter hergerichtet und er hat seine Lieder eingeübt.«

Anlass der ganzen Aktion ist der Jugendmonat der IG Metall. Biermann soll bei den Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend auftreten – worüber man sich »sehr freuen würde«, wie es im offiziellen Einladungsschreiben des IG Metall-Vorstands heißt. Doch Einigkeit herrscht über diesen Plan nicht. Im Gegenteil. »Die konservativeren Kollegen waren sauer«, erinnert sich Bernhard Wurl. »Die sagten: ›Wie könnt Ihr nur einen Kommunisten einladen!‹« Doch die Befürworter der Idee setzen sich durch. Ihr Argument: »Lasst die Jungen doch mal etwas Gewagtes ausprobieren!«

Umstritten ist Biermann selbst unter den Linken innerhalb der IG Metall. Den einen ist er als Kommunist zu links. Anderen schmeckt seine scharfe Kritik an der DDR nicht. In der IG Metall gibt es damals eine nicht ganz kleine Zahl von Anhängern der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und deren Jugendorganisation, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Beide Organisationen stehen der DDR nahe, werden teilweise von ihr finanziert und sehen Wolf Biermann kritisch. Es geht also um hochpolitische Fragen: Wie stehst Du zur DDR? Welche Vorstellungen hast Du von Sozialismus und Demokratie?

Biermann kennt die Debatten unter bundesdeutschen Linken. Bei seinem Auftritt in Köln nimmt er sie schließlich aufs Korn: »Die BRD braucht eine KP, wie ich sie wachsen und reifen seh'«, singt er gleich zu Beginn. Die DKP-nahen Kolleginnen und Kollegen fühlen sich angesprochen und jubeln – nur, um sich gleich darauf zu ärgern. Denn in der nächsten Zeile singt Biermann: »Unter Italiens Sonnenschein, so soll es sein!« Er meint also gar nicht die DDR-gläubige DKP, sondern die Kommunistische Partei Italiens, die damals deutlich demokratischer ausgerichtet ist. Nun jubeln die anderen. Biermann, der begnadete Provokateur.

Privatkonzert statt großer Bühne

Doch für seine Botschaften muss er es am 13. November 1976 erst mal auf die Bühne schaffen. Fast zwölf Jahre lang hat Biermann in der DDR nicht öffentlich auftreten dürfen. Seine Lieder sang er nur in seiner Privatwohnung in der Berliner Chausseestraße. Nun soll er in der größten Halle Kölns spielen, vor 7000 Menschen. »Als wir die Halle vor dem Konzert besichtigten, war Biermann völlig baff«, erinnert sich Metaller Bernhard Wurl. »Er hat sich gefragt, ob überhaupt jemand kommt. Ich habe ihm gesagt: Du, die Halle ist schon ausverkauft!« Noch beim Gang auf die Bühne sei Biermann nervös gewesen, habe an seiner Kraft für den Auftritt gezweifelt. »Aber irgendwie habe ich es geschafft, ihn zu beruhigen«, sagt Wurl. »Ich habe ihm meinen Arm auf die Schulter gelegt und ihn bis zur Bühne begleitet.«

Im aktuellen Kinofilm »Biermann« spricht der Liedermacher über diesen Abend: »Köln war der Dreh- und Angelpunkt in meinem kleinen Menschenleben«, sagt er. Er habe damals die Anwesenheit seines Vaters gespürt, den die Nazis als jüdischen Kommunisten in Auschwitz ermordet hatten. Der Vater habe ihm Kraft gegeben. Nach dem Konzert habe er große Erleichterung und Freude empfunden: darüber, dass er in den Jahren der Zensur nicht »kaputtgegangen« sei. »Das war wahrscheinlich der glücklichste Tag meines ganzen Lebens«, sagt Biermann in dem neuen Kinofilm. Wer sich die Aufzeichnung des Kölner Konzerts heute anschaut, kann diese Gefühle spüren. Die anfängliche Nervosität ist Biermann anzumerken, aber auch die wachsende Begeisterung. Am Ende steht er über vier Stunden lang auf der Bühne, statt der geplanten zwei. Es wirkt, als spiele er sich die zwölf Jahre Auftrittsverbot förmlich von der Seele.

Skandal in Ost und West

Die heutige Bedeutung erhält das Konzert erst durch sein Nachspiel. Die Führungsriege der DDR sieht sich durch Biermanns Auftritt bloßgestellt. Der DDR-Geheimdienst schreibt in einem Bericht von »Verunglimpfung des sozialistischen Staates« und »Angriffen auf die Staats- und Parteiführung«. Drei Tage nach seinem Auftritt wird Biermann ausgebürgert. Er kann nicht mehr nach Ostberlin zurück. Die DDR-Regierung nutzt den Auftritt als willkommene Gelegenheit, den unliebsamen Künstler loszuwerden. Pläne dazu hatte es bereits vorher gegeben.

Doch die Parteikader unterschätzen die Reaktionen, die sie damit auslösen. Eine Welle des Protests baut sich auf. Biermann gibt eine internationale Pressekonferenz. Vor der Botschaft der DDR in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn kommt es zu Demonstrationen. Prominente wie Romy Schneider oder Max Frisch schreiben Protestbriefe. Auch in der DDR gibt es Widerstand. Künstlerinnen und Intellektuelle protestieren mit einem offenen Brief gegen die Ausbürgerung, bringen sich damit selbst in Gefahr. Die Sache wird zum politischen Skandal. Und für Biermann zum Anfang einer neuen Existenz: Er lebt nun im »aufgezwungenen Exil«, wie er es selbst nennt.

In der ganzen Aufregung sieht sich die IG Metall zu einer Klarstellung genötigt. Nicht zuletzt gegenüber ihren Mitgliedern. In der metall-Zeitung veröffentlicht der damalige Erste Vorsitzende Eugen Loderer einen Kommentar. Darin schreibt er: »Die IG Metall ist eine demokratische Organisation. Sie lässt auch Andersdenkende zu Wort kommen.« Die Gewerkschaft werde aber nie Zweifel darüber aufkommen lassen, wo sie selbst stehe: »Auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.«

Metaller Bernhard Wurl erinnert sich bis heute mit Faszination an das, was er damals mit ausgelöst hat. Für ihn ist es ein Lehrstück der Demokratie. Oder, mit seinen Worten: »Wir haben ein Zeichen für die Meinungsfreiheit gesetzt.«



Wortmächtig: Wolf Biermann heute – seine Lust an politischen Debatten ist ungebrochen.

Foto: picture alliance/dpa/Marcus Brandt

Kurz & bündig

BESSER MIT TARIF

Drei Fragen an Mario Kos: »Unseren Tarif gibt es nur für IG Metall-Mitglieder.«

1. Mario, vor drei Jahren gab es noch Leute mit 2200 brutto im Monat bei Euch. Wie sieht es heute aus?

Wir haben jetzt bis zu 6500 Euro mehr im Jahr und zwei Tage mehr Urlaub. Und bis 2029 gehen unsere Grundentgelte schrittweise hoch auf Metall-Tarif.

2. Grundentgelte nach Metall-Tarif bei einem Kontraktlogistiker? Wie habt Ihr das denn durchgesetzt?

Ende 2023 rief die IG Metall Gaggenau einige von uns an. Es gab erste Treffen. Und dann haben wir Mitglieder für die IG Metall bei uns im Betrieb gewonnen, einen Betriebsrat gewählt – und dann erstmals mit Aktionen einen Tarifvertrag durchgesetzt. Wir montieren Achsen und liefern sie direkt ins Mercedes-Werk Rastatt. Wenn wir streiken, dann steht bei Mercedes nach 15 Minuten das Band. Das weiß auch die Firma.

3. Bei Euch sind jetzt 100 Prozent der Belegschaft in der IG Metall. Wie habt Ihr das geschafft?

Das Besondere bei uns: Unseren Tarif gibt es wirklich nur für IG Metall-Mitglieder. Aber das ist nicht der Grund dafür, dass jetzt alle in der IG Metall sind. Wir halten wirklich zusammen. Wir haben gesehen, wie stark wir sind, wenn wir uns organisieren. Wenn ich in Verhandlungen gehe, weiß ich: Alle stehen hinter mir. Das weiß auch die Firma. Schon während unserer Tarifverhandlungen waren 90 Prozent in der IG Metall. Unser hoher Organisationsgrad sichert auch künftig unsere Durchsetzungsfähigkeit, damit wir gute Arbeitsbedingungen nicht nur erreichen, sondern verteidigen und weiterentwickeln können.



Mario Kos kam 2015 nach Deutschland und fing 2017 als Sequenzierer beim Kontraktlogistiker Duvenbeck in Rastatt an. 2024 wurde Mario zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt.

Foto: privat

GESELLSCHAFT

Betriebsräte kämpfen für Teilhabe

Zweite migrationspolitische Tagung

In Leipzig hat die zweite migrationspolitische Betriebsräte- und JAV-Konferenz der IG Metall stattgefunden. Dabei wurde klar: Die gewerkschaftliche Arbeit für Gleichstellung und gegen Diskriminierung wird schwieriger. Viele der rund 500 000 Mitglieder der IG Metall mit Migrationsgeschichte sind deshalb in Sorge. Wie wichtig das Thema Migration im Arbeitsleben ist, zeigten betriebliche Aktionen vor der Tagung: Teilnehmende kamen ins Gespräch mit Beschäftigten – in deren jeweiliger Herkunftssprache. Botschaft der Tagung: Fachkräftesicherung, gelingende Teilhabe und Humanität gehören zusammen und dürften nicht voneinander getrennt werden.

igmetall.de/migration

SOLIDARITÄT

Gesicht zeigen gegen Gewalt an Frauen

Am 25. November ist Orange Day



Gegen Gewalt gegen Frauen: Dafür setzt sich die IG Metall auch in der Arbeitswelt ein. Am 25. November, dem Orange Day, ruft die IG Metall dazu auf, genau hinzuschauen.

Logo: IG Metall

Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache. Sie ereignet sich zu Hause, im öffentlichen Raum, im Internet und am Arbeitsplatz. Am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November – auch Orange Day genannt – ruft die IG Metall dazu auf, hinzuschauen, Betroffene zu unterstützen und Gewalt entschieden entgegenzutreten. Frauen und Mädchen werden in Deutschland täglich Opfer von häuslicher, sexualisierter und digitaler Gewalt.

Auch die Arbeitswelt ist betroffen. Gewalt macht nicht an der Werkstür halt. Sie kann sich in Form von Belästigung, Bedrohungen oder Übergriffen zeigen. Häusliche Gewalt wirkt sich zudem auf Gesundheit, Sicherheit und Erwerbsleben der Betroffenen aus. Beschäftigte brauchen deshalb Schutz, Unterstützung und verlässliche Ansprechpersonen. Die IG Metall setzt sich für eine Arbeitswelt ein, in der Frauen sicher und frei von Gewalt arbeiten können. Informationen rund um diesen Tag und Anlaufstellen für Betroffene oder Zeuginnen und Zeugen findet Ihr online:

igmetall.de/schluss-mit-gewalt-gegen-frauen

GESUNDHEIT

Mehr Fehlzeiten durch psychische Erkrankungen

Anstieg um 42 Prozent in zehn Jahren

Psychische Belastungen am Arbeitsplatz verursachen immer längere Ausfallzeiten der Beschäftigten. Das ist das Ergebnis des neuen Fehlzeitenreports des AOK-Bundesverbands. Demnach sind die Fehlzeiten wegen psychischer Erkrankungen in den vergangenen zehn Jahren um knapp 42 Prozent gestiegen. Erfasst sind dabei die erwerbstätigen AOK-Versicherten. Besonders häufig betroffen sind Beschäftigte in der Pflege und in Callcentern. Entscheidend für weniger Fehlzeiten ist laut AOK die Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Die Verantwortung für psychische Gesundheit dürfe dabei nicht allein bei einzelnen Beschäftigten abgeladen werden.

aok.de/pp/pressemitteilung

STEUERN

Steuervorteil für Mitglieder

Beitrag ab 2026 voll absetzbar

Mitgliedsbeiträge für Gewerkschaften kann man von der Steuer absetzen. Allerdings hatten die meisten Mitglieder bisher nichts oder nur wenig davon. Die Bundesregierung verbessert die Absetzbarkeit nun deutlich: Ab dem Steuerjahr 2026 kann der Mitgliedsbeitrag zusätzlich zur Werbungskostenpauschale abgesetzt werden. Dadurch sparen viele Gewerkschaftsmitglieder Steuern. Im Regelfall zwischen 25 und 35 Prozent des jährlichen Mitgliedsbeitrags. Mehr Infos: igmetall.de/ratgeber

JETZT PETITION UNTERSCHREIBEN

Freiheit für Lee Cheuk-yan

Zu sieben Jahren Haft verurteilt

Weil er sich für Arbeitnehmerrechte und Demokratie eingesetzt hat, wurde der Hongkonger Gewerkschafter Lee Cheuk-yan am 11. September zu sieben Jahren Haft verurteilt. Offiziell lautet der Vorwurf »Anstiftung zur Untergrabung der Staatsordnung«. Tatsächlich richtet sich das Urteil gegen unabhängige Gewerkschaftsarbeit in Hongkong. Die IG Metall hat bereits mit einer Postkartenaktion zum 1. Mai Solidarität mit Lee gezeigt. Jetzt geht der Protest weiter. Unterzeichne die Onlinepetition und fordere die Freiheit für Lee Cheuk-yan:

igmetall-sprockhoevel.de/news

TANTIEMENLISTE

Einsatz für Mitbestimmung

Transparente Aufsichtsratsarbeit

Viele Mitglieder der IG Metall engagieren sich als Arbeitnehmervertreter in einem Aufsichtsrat und setzen sich für ihre Kolleginnen und Kollegen ein. Teile der Einkünfte aus Mitbestimmungsfunktionen müssen Aufsichtsratsmitglieder an die Hans-Böckler-Stiftung abführen. Den Nachweis, wer welche Beträge abgeführt hat, veröffentlicht die IG Metall in der Tantiemenliste. Jetzt liegen die Daten für das Jahr 2022 vor und können unter diesem Link heruntergeladen werden:

igmetall.de/tantiemenliste

IG METALL-APP

Digitaler Mitgliedsausweis ab sofort in der IG Metall-App

Nach Anmeldung unter »Services« zu finden

Mitglieder können ihren Mitgliedsausweis jetzt auch digital in der IG Metall-App nutzen. Nach der Anmeldung steht der digitale Mitgliedsausweis im Bereich »Services« zur Verfügung. Besonders praktisch: Den digitalen Mitgliedsausweis kannst Du zusätzlich in die Wallet Deines Smartphones übernehmen.

So erhältst Du Deinen digitalen Mitgliedsausweis:

- Lade die IG Metall-App aus dem App Store oder dem Google Play Store herunter. Melde Dich mit Deinen persönlichen Zugangsdaten an. Falls Du noch kein Konto besitzt, registriere Dich zunächst.
- Öffne den Bereich »Services« in der App: Dort findest Du Deinen digitalen Mitgliedsausweis und kannst ihn direkt nutzen oder in die Wallet Deines Smartphones übernehmen.

Außerdem in der IG Metall-App: alle Ratgeber, News und Infos zu Tarifverhandlungen, zur Arbeitswelt sowie die aktuellen Entgelttabellen, Services wie den Schichtkalender, den Überstundenrechner oder die Beantragung von Streikgeld.

Hier gehts zur App:

App Store für Apple-Handys: https://qrco.de/bciX3T

Google Play Store für Android-Handys: https://qrco.de/bciX5F

BETRIEBSRÄTEPREIS 2026

Fünf Projekte aus dem Bereich der IG Metall ausgezeichnet

Preisvergabe in Berlin auf dem Betriebsratsforum #BR26

Die Jury aus Fachleuten zeichnete gleich fünf Projekte aus dem Bereich der IG Metall mit dem Betriebsrätepreis 2026 aus. Erstmals fand die Preisverleihung auf dem Betriebsratsforum #BR26 statt.

In der Kategorie kleine Betriebsratsgremien erhielt die Schwerbehindertenvertretung von Körber Technologies in Hamburg den Goldpreis für die Einführung eines Inklusionssystems für Menschen mit Behinderung. Mit Gold in der Kategorie mittlere Gremien wurde der Betriebsrat der Maschinenfabrik Alfing Kessler in Aalen geehrt. Unter dem Titel »Wandel gestalten. Zukunft sichern.« trug das Gremium wesentlich zur erfolgreichen Transformation bei. Bronze nahm der Betriebsrat von Brose Fahrzeugteile in Würzburg entgegen. Er verhinderte nicht nur Schließungspläne, sondern eröffnete neue Zukunftschancen.

Den Deutschen Betriebsrätepreis in Gold für große Gremien erhielt der Betriebsrat der Airbus Operations in Hamburg. Die Betriebsräte initiierten ein Projekt zur Gestaltung neuer, hybrider Bürokonzepte. Die Auszeichnung in Bronze erhielt der Betriebsrat von Aumovio Germany in Babenhausen für die Entwicklung von Szenarien zur Standorterhaltung.

Rat für Tat

Lernen und Lagerfeuer

GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNG

Die Bildungszentren der IG Metall sind mehr als Tagungshäuser. Sie sind lebendige Orte gewerkschaftlicher Bildung. Aktive, Vertrauensleute und Betriebsräte kommen hier zusammen zum Lernen und intensiven Austausch. Viele Seminare des zentralen Bildungsprogramms der IG Metall finden hier statt.

Von Martina Helmerich

Ob Arbeiterbewegung, künstliche Intelligenz oder Klimakrise: Das Bildungsprogramm für 2027 der IG Metall bietet ein breites Spektrum an Themen für aktive Mitglieder. In den sieben Bildungszentren vermitteln erfahrene Referentinnen und Referenten Wissen, regen Diskussionen an und schaffen Raum für Vernetzung. Besonders beliebt sind Wochenendseminare und politische Bildungsangebote im Rahmen des Bildungsurlaubs. Anmelden können sich Interessierte über ihre IG Metall-Geschäftsstelle.

Berlin: mitten im politischen Leben

Das Bildungszentrum Berlin hat derzeit eine andere Adresse: Statt am Pichelssee ist es vorübergehend direkt an der Spree zu Hause. Während das traditionsreiche Bildungszentrum am Pichelssee umfassend modernisiert wird, hat das Übergangsquartier das Regierungsviertel vor der Haustür. Damit bietet der Standort beste Voraussetzungen für Seminare zu Demokratie, Europa, Transformation und Industriepolitik. Es gibt regelmäßig Ausstellungen und Bildungsveranstaltungen zur Geschichte der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Wer Berlin noch besser kennenlernen möchte, kann an den politischen und kulturellen Stadtführungen teilnehmen.

igmetall-bildung-berlin.de

Beverungen: Frauenbildungswoche mit Burgblick

Das Bildungszentrum Beverungen ist das einzige Haus der IG Metall mit einer eigenen Burg. Hier fällt es leicht, Abstand vom Alltag zu gewinnen und neue Perspektiven zu entwickeln. Bekannt ist Beverungen vor allem für Seminare mit intensiver Gruppenarbeit und seine familiäre Atmosphäre. Ein besonderes Markenzeichen ist die Frauenbildungswoche und ab 2027 neu die migrationspolitische Woche. Dabei stehen Austausch und Vernetzung im Mittelpunkt. Hier kommt man schnell miteinander ins Gespräch – und gern auch wieder.

beverungen.igmetall.de

Sprockhövel: über die Arbeitswelt am »Lagerfeuer der IG Metall« sprechen

Sprockhövel ist das größte unter den IG Metall-Bildungszentren. Gewerkschaftsgeschichte begegnet dem Besucher dort auf Schritt und Tritt. Der markante Komplex aus den 1970er-Jahren ist einem Neubau gewichen. Der Anspruch ist geblieben, dass Bildung Menschen befähigt, ihre Interessen auch im Betrieb besser zu vertreten. In der näheren Umgebung können Besucher spannende Orte der Industriegeschichte mit dem Fahrrad erkunden. Besonderheiten sind die ganzjährige Kinderbetreuung sowie der Teamseilgarten. Für viele Aktive ist Sprockhövel das Herz der gewerkschaftlichen Bildung. An diesem imaginären »Lagerfeuer der IG Metall« diskutieren seit über 50 Jahren Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die Frage, wie wir Arbeitswelt und Gesellschaft mitgestalten können.

igmetall-sprockhövel.de

Lohr und Bad Orb: Bildungsnachbarn im Spessart

Eingebettet in den Spessart gibt es gleich zwei Bildungszentren nah beieinander und unter einer gemeinsamen Struktur: Lohr am Main und Bad Orb. An beiden Standorten gibt es viele unternehmensbezogene Seminare wie etwa für Airbus, Daimler Truck, Mercedes-Benz, Audi, BMW und Bosch. Darüber hinaus bietet Lohr Kurse zu politischen und gesellschaftlichen Themen wie Transformation, Digitalisierung und Zukunft der Industrie. Das Bildungszentrum Bad Orb war nach dem Krieg zunächst ein Kur- und Erholungsheim für Arbeiterinnen und Arbeiter. Nach Kernsanierung und teilweisem Neubau ist es heute ein modernes Bildungszentrum mit klimaschonender Architektur. Das Haus ist umgeben von begrünten Außenterrassen. Bad Orb steht besonders für Bildungsangebote zu Teilhabe,

Inklusion und Arbeitsrecht. Das Bildungszentrum ist ein wichtiger Ort für Schwerbehindertenvertretungen, betriebliche Gesundheits- und Präventionsarbeit sowie für Kommunikation. Die ruhige Lage im Spessart macht beide Bildungszentren zu beliebten Orten für mehrtägige Veranstaltungen.

lohr-bad-orb.igmetall.de

Schliersee: Treffpunkt für junge Metallerinnen und Metaller

Das IG Metall-Jugendbildungszentrum Schliersee ist für viele junge Menschen der Einstieg in gewerkschaftliches Engagement. Junge Beschäftigte, Auszubildende und Studierende aus ganz Deutschland kommen hier zusammen, um sich mit der Arbeitswelt und gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen. Fitness, Sauna und Terrasse mit Seeblick gehören zum Haus. Thematisch geht es um Qualifizierung für Jugend- und Auszubildendenvertretungen etwa bei Bosch, BMW, Siemens, ZF und Schaeffler. Wichtige Themen sind außerdem Demokratie, Nationalsozialismus und gewerkschaftlicher Widerstand.

schliersee.igmetall.de

Inzell: Fokus auf Gesundheit

Die Kritische Akademie Inzell liegt in den Alpen und bietet ideale Bedingungen zum Auftanken. Vor allem Gesundheitsangebote stehen dabei im Fokus. Die Umgebung mit Wanderwegen und dem angrenzenden Hochmoor ist ideal für Erholung. Praxisnahe Weiterbildung zu Arbeitsrecht, Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und Unternehmensmitbestimmung sind weitere Schwerpunkte. Der Name ist Programm: »Kritisch« beschreibt das Selbstverständnis des Hauses. In den Kursen geht es nicht nur um reine Wissensvermittlung, sondern darum, Zusammenhänge zu erkennen.

haus.kritische-akademie.de

Das Bildungsprogramm 2027 gibt es als Download unter:

igmetall.de/service/bildung-und-seminare

Bildungsurlaub: so gehts

- Bildungsurlaub kann unter anderem für berufliche Weiterbildung, politische Bildung und Qualifizierung für ehrenamtliche Tätigkeiten genutzt werden. Gerade für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist politische Bildung interessant. Vor der Anmeldung müsst Ihr prüfen, ob die konkrete Veranstaltung im jeweiligen Bundesland anerkannt ist.
- Beschäftigte können sich für anerkannte Weiterbildungen unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts von der Arbeit freistellen lassen. Der normale Erholungsurlaub wird dadurch nicht angetastet.
- Bildungsurlaub ist Ländersache. Deshalb gelten je nach Bundesland unterschiedliche Regelungen. Maßgeblich ist der Ort des Arbeitsplatzes oder der Beschäftigungsschwerpunkt.
- In den meisten Bundesländern besteht Anspruch auf fünf Arbeitstage Bildungsurlaub pro Jahr. Nicht genutzte Tage können oft ins Folgejahr übertragen werden.
- Bayern bildet die Ausnahme: Dort gibt es keinen Anspruch auf Bildungsurlaub. In Sachsen wird ab 2027 erstmals Bildungsurlaub eingeführt – mit drei Tagen pro Kalenderjahr.

Branchen & Betriebe

Gefährdungen erkennen, Belastungen senken

GESUNDHEITSSCHUTZ

Die Arbeit in einer Autowerkstatt ist anstrengend, körperlich fordernd – vor allem jetzt, in der Reifenwechselsaison. Mit der Leitmerkmalmethode können Belastungen sichtbar gemacht werden. Ein erster Schritt, um die Arbeit der Beschäftigten zu erleichtern.

Von Jan Chaberny



Harte Arbeit: Andreas Hilsmann beim Radwechsel in der Werkstatt des Volvo Centrums Rhein Ruhr. Ein elektrischer Radheber bringt die Reifen auf Montagehöhe. Belastend bleibt die Tätigkeit aber dennoch.

Foto: Thomas Range

Klar kann man den Reifen auch schnell selbst anheben: kurz bücken, anpacken, hochwuchten, halten, auf die Radnabe stecken – fertig! Was ist schon groß dabei? »Wenn man das einmal macht, gar nichts«, sagt Andreas Hilsmann. »Aber mit einem Reifen ist es ja nicht getan. Und mit einmal Bücken, Heben, Halten ist kein Reifenwechsel erledigt. Das ist eine körperlich anstrengende Arbeit. Und dabei haben die harten Wochen noch gar nicht angefangen.«

Die harten Wochen. Die starten Jahr für Jahr verlässlich ab Mitte Oktober, die sind vor allem im November, wenn es draußen finster wird: morgens lange, abends früh dunkel, die Straßen nass oder glatt oder verschneit. »Dann merken viele auf einmal: ›Oha, ich habe ja noch meine Sommerreifen drauf. Die muss ich schnell mal wechseln.‹ Und dann geht es bei uns richtig rund.«

Jetzt, an diesem hellen Vormittag im September, geht es noch nicht richtig rund. Jetzt steht Andreas in der Werkstatt im Volvo Centrum Rhein Ruhr. Drei Autos befinden sich auf Hebebühnen, die jungen Kollegen schwirren umher, und Andreas erzählt von seiner Arbeit. Wie sehr sie ihm noch immer Freude macht. Aber auch, wie hart sie ist, körperlich belastend.

»Als ich mit meiner Ausbildung zum Kfz-Mechaniker angefangen habe, 1988, da waren die Autos alle viel kleiner, viel leichter. Die Räder, die wir gewechselt haben, waren nur 13, 14 Zoll groß, handliche Reifen waren das, die konnte man gut greifen und montieren.« Und jetzt?

Jetzt ist Andreas 56 und die Autos, an denen er arbeitet, die sind nicht mehr klein, sondern große Geschosse, schwere Karosserien mit entsprechend großen, schweren Rädern. »22-Zoll-Reifen sind keine Ausnahme mehr. Das ist eher die Regel. Und so ein Reifen mit Alufelgen wiegt gern mal 30 Kilo. Das geht auf den Körper. Darauf muss man sich einstellen.«

Das tun sie hier in der Volvo-Werkstatt – und dass sie das tun, hat viel mit der Arbeit und dem Engagement des Betriebsratsgremiums zu tun und dem Vorsitzenden Patrick Pawlowski. Patrick ist Teamleiter, 41 Jahre alt und arbeitet seit 25 Jahren hier am Standort. Er hat eine Ausbildung zum Kfz- Mechaniker gemacht. Viele Jahre hat er in der Werkstatt gearbeitet, dann als Serviceberater und im Teiledienst, später war Patrick Teamleiter. Seit 14 Jahren nun ist er Betriebsratsvorsitzender beim Volvo Centrum Rhein Ruhr. »Ich kenne die Arbeit. Ich weiß genau, wie belastend sie ist.«

Schwere Karosserien, große Räder

In der Werkstatt arbeiten 14 Kollegen, neun Monteure, fünf Auszubildende. Es gibt neun Hebebühnen, während der Reifenwechselzeit sollen, wann immer es möglich ist, zwei Beschäftigte zeitgleich an einem Auto arbeiten. »Das spart dem Kunden Zeit. Und wir können mehr Autos bearbeiten«, sagt Patrick. »Vor allem in den Monaten, in denen die Reifenwechsel anstehen, ist das ein Vorteil.«

Zugleich bedeutet es sehr viel Arbeit: Von Anfang Oktober bis kurz nach Ostern wechselt das Team der Volvo-Werkstatt täglich bei zehn bis zwölf Fahrzeugen die Reifen. Für jedes Auto haben sie 30 bis 40 Minuten Zeit. Andreas beginnt jeden Tag um 8 Uhr morgens, mittags macht er eine halbe Stunde Pause. Anschließend arbeitet er weiter bis 15:30 Uhr.

Während dieser Zeit ist Patrick, wie seine Kollegen auch, umgeben vom Lärm der Schlagschrauber, mit denen sie hier arbeiten. Und natürlich ist er den Belastungen ausgesetzt, die beim Radwechsel auf seinen Körper einwirken – und die vor allem beim Heben, Halten, Tragen und Rollen der Räder entstehen. Eine harte, belastende Arbeit. »Diese Belastungen gehen wir konsequent an«, sagt Patrick. »Wir nutzen das Instrument der Gefährdungsbeurteilung, um Belastungen zu erfassen und Maßnahmen zur Reduzierung zu entwickeln.«

Technische Hilfsmittel einsetzen

Seit einigen Jahren schon benutzen sie einen elektrischen Radheber, mit dem Reifen vom Boden bis auf die Montagehöhe gebracht werden können. Es gibt Schutzkleidung, Handschuhe, Brillen und Gehörschutz für die Kollegen. »Wir sind gut ausgestattet, ja. Aber das heißt nicht, dass hier alles im grünen Bereich ist«, sagt Patrick. »Wir müssen kontinuierlich Belastungen ermitteln. Und mit der Leitmerkmalmethode haben wir jetzt ein weiteres gutes Instrument an die Hand bekommen.«

Die Leitmerkmalmethode ist ein neues arbeitswissenschaftlich entwickeltes und geprüftes Verfahren, mit dem sich körperliche Belastungen am Arbeitsplatz systematisch beurteilen lassen. Erfasst und bewertet werden unter anderem das Heben, Halten und Tragen von Lasten sowie das Ziehen und Schieben. Jede Belastung wird mittels eines speziellen Screenings genau untersucht. Dafür steht ein interaktives PDF bereit. In das Dokument können Angaben zur Wiederholungshäufigkeit oder Zeitdauer eingetragen werden.

Auch Faktoren wie das einwirkende Lastgewicht, die während der Tätigkeit eingenommene Körperhaltung oder vorherrschende Arbeitsbedingungen werden berücksichtigt. »Die einzelnen Merkmale werden anhand festgelegter Kriterien bewertet und schließlich zu einer Gesamtbewertung zusammengeführt«, sagt Patrick. »Am Ende erhält man einen Punktwert, der die Belastung einordnet.« Die farbliche Bewertung reicht dabei von Grün für geringe bis Rot für hohe Belastung. So sieht man auf den ersten Blick, bei welchen Tätigkeiten Beschäftigte großen Belastungen ausgesetzt sind, die vorrangig mit technischen oder organisatorischen Maßnahmen reduziert werden müssen. »Die Auswertung versorgt einen mit guten Argumenten, zum Beispiel für die Investition in neue technische Hilfsmittel.«

Das ist auch weiterhin erforderlich, ist sich Patrick ganz sicher. Seit Kurzem haben sie ein Reifenmontiergerät, das die Kollegen unterstützt. Sie müssen nicht mehr mit krummem Rücken und angespannten Muskeln vor dem Reifen stehen und diesen auf die Maschine heben, das erledigt die Maschine. Und wenn es nach Patrick geht, dann gibt es hier in der Werkstatt bald einen zweiten elektrischen Radheber. »Es ist wichtig, die Kollegen zu unterstützen. Die Belastungen bleiben auch dann noch hoch genug.«

Darauf hinzuweisen, wird Andreas nicht müde: Auch mit elektrischem Radheber, auch mit Reifenmontiergerät, auch mit Hörschutz und Brille und Handschuhen – die Arbeit, die sie hier in der Volvo-Werkstatt tagtäglich leisten, bleibt anstrengend und belastend. Und dabei haben die harten Wochen noch gar nicht angefangen.

Beurteilungshilfe für die Radmontage

- Zur Umsetzung der Leitmerkmalmethoden (LMM) gibt es neu die tätigkeitsbezogenen Beurteilungshilfen für körperliche Belastungen – auch für die Pkw-Radmontage (zu finden auf der Website der DGUV). Die Beurteilungshilfe unterstützt bei der Gefährdungsbeurteilung. Und sie benennt konkrete Maßnahmen zur Reduzierung von Belastungen.
- Die IG Metall hat bei der Erarbeitung der Beurteilungshilfen konsequent die Perspektive von Beschäftigten und Betriebsräten eingebracht. Nun gilt es, das Konzept über die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften auf weitere Tätigkeiten auszuweiten.

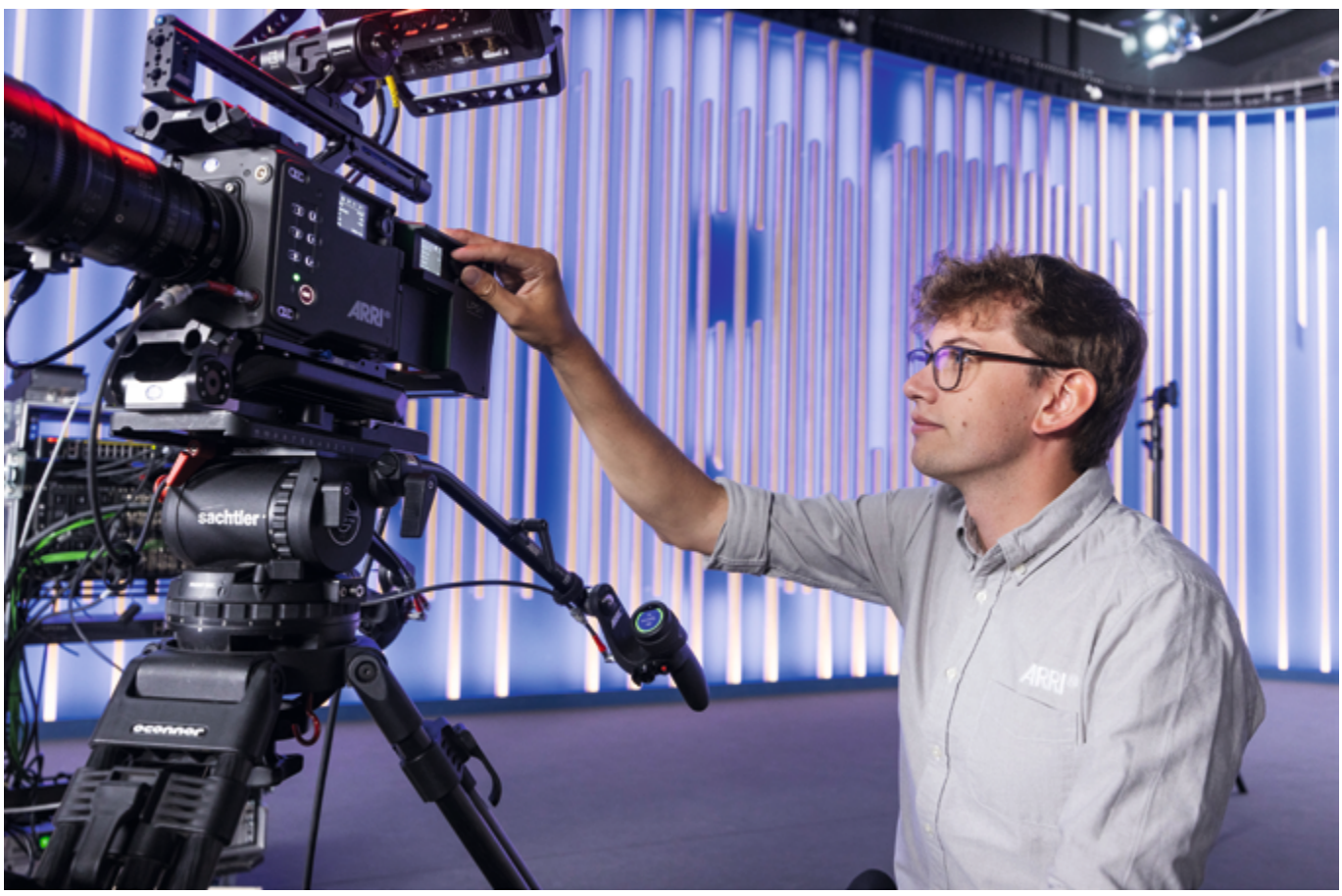
Deine IGM

»Wir sind live in: drei, zwei, eins ...«

EINER VON UNS

Ob NASCAR-Rennen, Helene-Fischer-Konzert, Eurovision Song Contest oder American Football: Wenn wir solche Events im Fernsehen live sehen, dann hat Jannik Abelt oft seine Finger und Kameras im Spiel. Der gelernte Industriemechaniker und heutige Product Manager bei ARRI schätzt an der IG Metall den Zusammenhalt und baut mit seinem Team ein zweites Standbein für den Kamerahersteller auf.

Von Christoph Böckmann



Fotos: Alexander von Spreti

Kurz Hallo sagen, für mehr ist keine Zeit. Die vergangenen Tage war er mit seinen Kameras bei einer Segelregatta an der Ostsee im Einsatz. Jetzt schaut Jannik Abelt schnell bei einer alten Wirkungsstätte vorbei, in der Montage. Hier sitzt Oliver Luft an einem der vielen Werktische und befestigt mit einem Drehmoment-Schraubendreher den Kühlkörper am Sensorträger einer ARRI-Alexa-Kamera. Der Kühlkörper ist nur so groß wie eine Zigarettenschachtel, der Sensorträger hat die Ausmaße eines schmalen Taschenbuchs. Es bleibt bei einem kurzen »Wie gehts, alles klar?«. Heute haben sie nicht mehr zu besprechen. »Wenn wir den neuen Prototypen bauen, komme ich wieder öfter«, verspricht Jannik lachend und eilt die Treppen hinauf in den zweiten Stock.

Hier ist sein Bereich, die Abteilung Forschung & Entwicklung (R&D). Überall hängen Plakate von Filmen, die mit ARRI-Kameras gedreht wurden: Das Boot, James Bond: Skyfall, Dune.

Jannik Abelt ist Product Manager Camera Systems bei ARRI. Vor zehn Jahren startete er beim Kamerahersteller mit der Ausbildung zum Industriemechaniker. »Ich habe schon immer fotografiert und mit zwölf meine ersten Filme gedreht«, erinnert sich der Metaller. Besonders interessierte ihn die Technik: »Mir war klar, dass ich die besten Kameras der Welt bauen will«, schwärmt Jannik vom eigenen Produkt. Doch das Bauen der Kameras reichte Jannik nicht, bald wollte er sie auch entwickeln. So wechselte Jannik nach der Ausbildung in einen neuen und noch kleinen Bereich: das Liveteam.

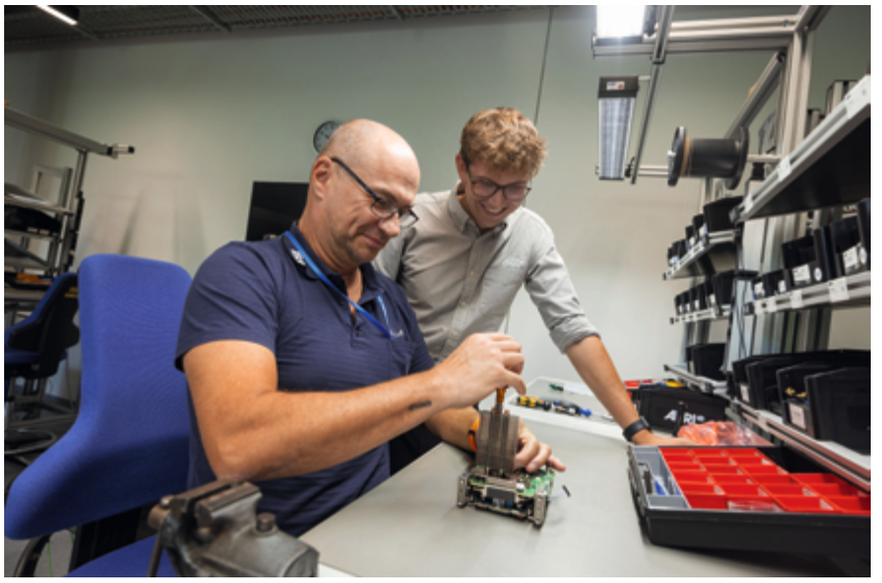
Von Hollywood zum »geilsten Gefühl«

Von den goldenen Kinozeiten zeugen die Vitrinen im Eingangsbereich des ARRIal, so nennen sie hier in München im Stadtteil Parkstadt Schwabing ihr Betriebsgelände. In ihnen reihen sich Nachbildungen von Emmys und Oscars, die an die preisgekrönten Filme erinnern, die mit ARRI-Kameras gedreht wurden. Doch aktuell tut sich die Branche schwer: »Hollywood ist tot«, attestiert Jannik. »Während Corona gab es einen Hype, weil alle zu Hause saßen und Filme schauten, danach kam das Tal. Jetzt sparen die Studios.« Die Antwort des 1917 gegründeten Traditionsunternehmens auf diese Entwicklung sind Jannik

und seine neun Kollegen des Liveteams. »Der Betriebsrat hat darauf gedrängt, dass man als Unternehmen nicht nur auf einem Bein stehen sollte, und das Management sieht das mittlerweile auch so. So machen wir neben Kinokameras jetzt auch Kameratechnik für Liveevents«, erklärt Jannik, der seit der Ausbildung Metaller ist. »Mir sind Zusammenhalt und Gerechtigkeit wichtig. Dass unser Betriebsrat zum Beispiel sicherstellt, dass wir jedes Jahr neue Sicherheitsschuhe bekommen. Und dann ist es einfach gut zu wissen, dass man jemanden hat, auf den man sich verlassen kann, wenn es hart auf hart kommt.«

Gerade steckt der 26-Jährige an die berühmte Alexa-35-Kamera einen ungefähr gleich großen viereckigen Kasten. Drei Schrauben später, zwei oben, eine unten, wird aus der Filmkamera eine Livekamera. »Plug and Play«, freut sich Jannik. Der angeschraubte Kasten nennt sich Fiber Camera Adapter (FCA). Während die Kinokamera alles Gefilmte speichert und der Film nachher aufwendig bearbeitet wird, sorgt der Adapter in Kombination mit einer von den Münchnern entwickelten Software dafür, dass das Bild im vom Kunden gewünschten »Look« direkt ins Fernsehen übertragen werden kann. So auch beim jüngsten Eurovision Song Contest. »Jeder Künstler konnte sich aussuchen, in welchem Look sein Auftritt von unseren 24 Kameras gefilmt wird. Der eine will mehr düstere Blautöne, der andere warme Rottöne.« Von jedem Einsatz kommt Jannik mit neuen Ideen und Wünschen der Kunden zur Software zurück. Kleine Änderungswünsche passt er im Code direkt vor Ort an.

Was andere als stressig empfinden, macht ihm besonders Spaß: »Am meisten mag ich den Kontakt zum Kunden.« Auch mit dem Reisen kommt er zurecht, obwohl er viel unterwegs ist. »Unser CEO hat mal gesagt, ich bin hier der mit den meisten Reiseanträgen«, berichtet der Metaller. Klar, denn NASCAR-Racing, American-Football-Übertragungen, Segelweltmeisterschaft, Helene-Fischer-Konzerte zeigen: ARRI ist gerade dabei, neben dem Kino auch den Livemarkt zu erobern. Doch auch nach den unzähligen Einsätzen, die Jannik bereits erlebt hat, ist das Herzklopfen immer noch mit dabei. Jannik beschreibt es so: »Wenn der Regisseur sagt: Wir sind live in: drei, zwei, eins … und wir dann mit unseren Kameras in die ganze Welt senden, dann ist das das geilste Gefühl.«







Schrauben, steuern, Software programmieren: Jannik Abelts Arbeitsalltag bietet viel Abwechslung – im ARRIal in München und vor Ort beim Kunden sowieso.

Fotos: Alexander von Spreti

»Wir haben Konzernchefs, die keine Krisenerfahrung haben«

INTERVIEW

Was macht Betriebe erfolgreich? Hilft Sparen gegen eine Absatzkrise? Und können wir aktuell wirklich mehr Geld fordern? Die Antworten gibt das Vorstandstrio Christiane Benner, Jürgen Kerner und Nadine Boguslawski.

Die Fragen stellten Christoph Böckmann und Jacqueline Sternheimer.



Klartext im Talk: »Wir erwarten, dass Konzernchefs ihren Beschäftigten mit Respekt begegnen.«

Foto: Hannes P. Albert

Arbeitgeber schieben den Beschäftigten gern die Schuld zu, wenn es im Betrieb nicht läuft. Die Beschäftigten seien zu faul und zu teuer, lauten die Vorwürfe. Im ersten Interview erklären Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, und Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, wer tatsächlich Schuld hat und wie echtes Krisenmanagement aussieht.

Im zweiten Talk sprechen Christiane Benner und Nadine Boguslawski, Tarifvorständin der IG Metall, darüber, warum die IG Metall trotz Krisenmeldungen in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie fünf Prozent fordert und weshalb Kaufkraft und sichere Arbeitsplätze zusammengehören.

Konzernbosse jammern viel über den Standort. Ist es nicht möglich, in Deutschland erfolgreich zu produzieren?

Christiane Benner: Ich halte es für unverantwortlich, dass dieser Standort so schlechtgeredet wird. Wir haben ein leichtes Wirtschaftswachstum und wir haben Branchen, denen es verdammt gut geht. Denen gelingt es ja offensichtlich, in diesem Land gute Geschäfte zu machen. Und warum geht das?

Weil wir ein sehr gutes Ausbildungssystem, gut ausgebildete Fachkräfte und eine gute Forschungslandschaft haben. Wir können Produktion in Deutschland und können die auch verbinden mit Digitalisierung und künstlicher Intelligenz.

Trotzdem sprechen Konzernchefs nur noch von Krise. Aber gehören Krisen nicht zum Geschäft? Globale Krisen gab es doch eigentlich immer.

Jürgen Kerner: Krisen gab es immer, aber es gab Branchen, die nicht davon betroffen waren. Im Maschinenbau und der Autoindustrie lief es in den letzten 10 bis 15 Jahren wie geschnitten Brot. Der Gewinn in China war riesengroß. Aber sie haben nicht rechtzeitig umgesteuert. Und jetzt, wo es nicht mehr läuft, haben wir einige Konzernchefs, die nicht krisenerprobt sind und in einen Panikmodus verfallen. Die behaupten dann, die

Beschäftigten seien schuld. Sie seien zu teuer, zu unflexibel, zu oft krank. Das ist kein Krisenmanagement, das ist einfach nur platt. Wir erwarten, dass Konzernchefs ihren Beschäftigten mit Respekt begegnen, denn die leisten jeden Tag ihr Bestes, egal ob im Büro oder in der Fertigung.

Die Konzernchefs wollen an den Arbeitskosten sparen. Ist das der richtige Weg?

Christiane Benner: Nein. In der Autoindustrie zum Beispiel liegen die Lohnkosten im Schnitt bei 10,7 Prozent. Wenn Du Kosten sparen willst, ist das der falsche Hebel. Da kannst Du nicht viel einsparen. Das Problem liegt woanders: Wenn Du Dein Werk nicht auslastest, wenn Du statt drei Schichten nur eine Schicht fährst, dann hast Du höhere Fabrikkosten. Da würde es auch nichts bringen, wenn die Beschäftigten jeden Morgen an der Pforte Geld abgeben würden. Ich erwarte also von den Managern, dass sie dafür sorgen, dass ihre Werke ausgelastet sind.

Was müssen Konzernchefs tun, damit ihre Betriebe erfolgreich sind?

Jürgen Kerner: Investieren. Deutschland hat eine glänzende Forschungslandschaft. Wir können Forschung in Fertigung und neue Produkte übersetzen. Aber wir investieren viel zu wenig in Zukunftsfelder. Wir könnten viel mehr bei künstlicher Intelligenz, Batterie- oder anderen Schlüsseltechnologien machen.

Christiane Benner: Die Konzernchefs müssen Perspektiven schaffen. Sie müssen gemeinsam mit den Beschäftigten überlegen, wie sie die Zukunft gestalten wollen. Wandel gelingt nur mit den Menschen und nicht gegen sie.

Wie sind die Zukunftsaussichten für die Industrie in Deutschland?

Jürgen Kerner: Ich bin mir sicher, dass wir, wenn Politik und Unternehmen die richtigen Weichen stellen, auch in 10 oder 20 Jahren eine ganz starke Industrie in Deutschland haben werden, mit einem großen Anteil industrieller Wertschöpfung. Und damit auch mit einem großen Anteil von gut bezahlten Industriearbeitsplätzen.

Und wenn die Konzernchefs keine Perspektiven entwickeln wollen und weiterhin auf Sparprogramme setzen?

Christiane Benner: Dann werden die Belegschaften zeigen, dass sie sich das nicht gefallen lassen.

Komplett auf Youtube

Die kompletten Interviews gibt es auf dem Youtube-Kanal der IG Metall: www.youtube.com/@IGMetall/videos

»Die richtige Antwort ist nicht Verzicht und Sparen«

Krise, Stellenabbau, politische Verunsicherung: Viele Beschäftigte erleben schwierige Zeiten. Warum die IG Metall trotzdem fünf Prozent fordert, erklären Christiane Benner und Nadine Boguslawski.



Kämpferisch gehen die Erste Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner, und Tarifvorständin Nadine Boguslawski in diese Tarifrunde – hier im Studio in der Talkrunde »Weil Du zählst«.

Foto: Hannes P. Albert

Alle reden von Krise. In der Tarifbewegung Metall und Elektro fordern wir trotzdem fünf Prozent. Darf man in so einer Zeit mehr Geld fordern?

Nadine Boguslawski: Die Frage ist eher, warum haben wir es nicht schon früher getan? Ja, die Wirtschaft hängt zum Teil in den Seilen, aber auch die Institute bestätigen: Wir brauchen eine starke Nachfrage in diesem Land, um die Wirtschaft nach vorn zu bringen. Nachfrage erzeugen wir durch Kaufkraft, und Kaufkraft erzeugen wir durch höhere Löhne.

Steht es wirklich so schlecht um die hiesige Wirtschaft, wie es oft heißt?

Christiane Benner: Rund die Hälfte unserer Beschäftigten sagt, dass es gut bis sehr gut bei ihnen im Betrieb läuft. Wir haben positive Wirtschaftsprognosen, und die werden dadurch gespeist, dass wir einen erstaunlich guten Export haben. Das heißt, die Unternehmen sind stärker, als häufig gejammert wird.

Wenn wir am Ende mehr Geld durchsetzen: Wer profitiert davon eigentlich?

Christiane Benner: Direkt profitieren 3,7 Millionen Beschäftigte. Aber Tarifpolitik stärkt auch Familien, Regionen und die Wirtschaft insgesamt. Mehr Kaufkraft bedeutet mehr Nachfrage und hilft dabei, Arbeitsplätze zu sichern.

Die IG Metall fordert zusätzlich eine Gewinnbeteiligung in Betrieben, wo es gut läuft. Ist das gerecht?

Nadine Boguslawski: Definitiv! Wir haben in unseren Tarifverträgen viele Möglichkeiten zur Differenzierung für Betriebe, denen es nicht gut geht. Wir haben aber bislang keine Instrumente geschaffen, wenn es boomt. Die Beschäftigten sind ja die, die am Erfolg des Unternehmens einen entscheidenden Anteil haben.

Arbeitgeber behaupten oft, die Arbeitskosten seien zu hoch. Sind die Beschäftigten Teil des Problems?

Christiane Benner: Auf keinen Fall. Wenn wir die Beschäftigten in diesem Land nicht hätten, dann wären wir nicht so ein Wirtschaftswunderland gewesen. Wir brauchen eine aktive Industriepolitik. Die richtige Antwort heißt nicht Verzicht und Sparen, sondern Kaufkraft stärken.

Für Betriebe in der Krise gibt es bereits viele tarifliche Instrumente. Reicht das aus?

Nadine Boguslawski: Wir haben einen großen Instrumentenkasten, um Beschäftigung zu sichern. Dabei geht es vor allem um Zukunftsperspektiven für Standorte. Aktuell erleben wir jedoch, dass Betriebe geschlossen und verlagert werden. Darüber müssen wir mit den Arbeitgebern reden und uns fragen: Brauchen wir hier neue Instrumente?

Guten Appetit!

Roberts rheinischer Sauerbraten



Ein Klassiker für den Herbst: Kollege Robert hat uns sein Familienrezept für einen rheinischen Sauerbraten verraten.

Foto: Katrin Winner

Im Rheinland wird Gästen der rheinische Sauerbraten gern als Willkommen serviert. So auch in der Familie unseres Kollegen Robert: »Wenn sein typischer Duft aus der Küche schwebte, wusste ich als Kind immer, dass heute ein Freudentag ist.«

Und so wird er zubereitet. Zunächst die Beize: Das Suppengrün putzen und klein schneiden. Dann die Zwiebeln schälen und halbieren. Den Wein und den Essig in eine abdeckbare Schüssel geben und vermischen. Das Suppengrün und die Zwiebeln dazugeben. Dann die Wacholderbeeren und den Piment zerdrücken und zusammen mit Pfefferkörnern und den Lorbeerblättern ebenfalls in die Beize geben und alles noch mal gut durchmischen. Nun das Fleisch so in die Beize geben, dass es vollständig bedeckt ist – bei Bedarf Wein und Essig nachfüllen. Zugedeckt sollte das Ganze nun mindestens drei Tage kühl gelagert durchziehen. Wer es saurer mag, kann es auch eine Woche ziehen lassen.

Anschließend das Fleisch aus der Beize nehmen und trocken tupfen. Die Beize durch ein Sieb seihen, Gewürze, Gemüse und die Flüssigkeit aufbewahren. Das abgetrocknete Fleisch salzen. Nun einen Bräter stark erhitzen, Butterschmalz hineingeben und das Fleisch rundherum scharf braun anbraten, damit sich die Poren schließen. Jetzt die Gewürze und das Gemüse aus der Beize sowie die Tomate und die Rosinen mit in den Bräter geben und langsam mit der Beizflüssigkeit angießen, bis das Fleisch zu rund zwei Dritteln davon bedeckt ist.

Den Bräter mit seinem Deckel schließen und den Braten nun bei 160 Grad etwa zwei Stunden schmoren, dabei immer wieder mit Beize aufgießen, um das Fleisch schön feucht zu halten. Für die letzte halbe Stunde den Lebkuchen klein gebröselt in den Sud geben. Wenn die Kerntemperatur bei 85 Grad liegt, ist der Braten fertig. Wer es noch zarter mag, schmort ihn bis 88 – 90 Grad.

Jetzt das Fleisch herausnehmen und warm gehalten etwa 20 Minuten ruhen lassen. Die Soße aus dem Bräter durch ein Sieb passieren, dabei die Lorbeerblätter entfernen. Dabei möglichst viel Gemüse durchdrücken, das macht die Soße sämig. Mit Zuckerrübensirup abschmecken. Jetzt kann serviert werden – klassisch mit Kartoffelknödeln und Rotkohl. Guten Appetit!

Zutaten

Für vier Personen

- 1 – 1,5 kg Rinderschulter (oder Keule)
- 500 ml Rotwein
- 125 ml Rotweinessig
- 1 Bund Suppengrün
- 2 Zwiebeln (rot)
- 2 Lorbeerblätter
- 4 Wacholderbeeren
- 2 Pimentkörner
- 1 Tomate (oder 1 EL Tomatenmark)
- 50 g Rosinen
- 100 g Kochlebkuchen (oder Gewürzprinten)
- 10 Pfefferkörner, 2 EL Salz
- 1 TL Zuckerrübensirup
- 1 EL Butterschmalz

Dein Rezept

Sende uns Dein Lieblingsrezept. E-Mail mit dem Stichwort »Rezept« an: metall@igmetall.de

Service

Hier kannst Du dich registrieren

Einige Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten: igmetall.de/registrieren

Podcast: »Hier gehts um unsere Arbeitsplätze«

175 000 Beschäftigte der Autoindustrie haben bundesweit gegen Angriffe der Arbeitgeber auf ihre Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen demonstriert. Im Podcast erzählen sie, was Phase ist: **igmetall.de/maloche-malibu**

Deine Geschäftsstelle

Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle.
Hier findest Du die Kontaktdaten: **igmetall.de/vor-ort**

Der IG Metall beitreten

Hier kannst Du Mitglied werden: **igmetall.de/beitreten**

Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken. Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.
metall@igmetall.de

Impressum

Herausgeber: Christiane Benner, Jürgen Kerner, Nadine Boguslawski

Beauftragte der Herausgeber: Ursula Kleppmann (verantw. i. S. d. P.)

Anschrift:
Redaktion metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Chefredakteur: Mirko Kaiser

Redaktion:
Simon Che Berberich, Christoph Böckmann, Jan Chaberny, Dirk Erb, Martina Helmerich, Jacqueline Sternheimer

Bildredaktion: Theresa Rundel

Sekretariat: Beate Albrecht

igmetall.de/metall

Angebot für Menschen mit Sehbehinderung
metall gibt es als barrierefreies PDF: **metall@igmetall.de**

Layout und Gestaltung
Thomas Pötschick, Aschaffenburg

Konzeption der Neugestaltung:
GROOTHUIS. Gesellschaft der Ideen und Passionen mbH, Hamburg

Vertrieb:
Thomas Köhler, Telefon: 069 66 93-22 24, Fax: 069 66 93-25 38, **vertrieb@igmetall.de**

Anzeigen:
Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur, Ober-Ramstadt, **wedel@zweiplus.de**

Druckvorstufe: datagraphis GmbH

Druck und Versand: Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG

Papier:
metall erscheint sechsmal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier besteht aus einem nachhaltigen Fasergemisch aus regionalem Altpapier, Holzabfällen und Durchforstungsholz. Weitgehendes Vermeiden von fossilen CO_2-Emissionen bei der Herstellung des Papiers schützt das Klima.